

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Interaten-Anlon, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plakatschriften ausgeschlossen. ♦ Postk.-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

# Das ist die erste Hitler-Notverordnung!

### Keine neuen Lasten für die Wohlhabenden, die Reichen, aber neue Opfer von 1500 000 000 M. für die Armen, die Bedrängten! Alle Hoffnung auf Arbeitsbeschaffung zunichte!

Das von Hitler tolerierte Schleicher-Papen-Kabinett hat durch die Veröffentlichung seiner ersten Notverordnung deutlich gezeigt, wohin der Kurs gehen soll. Doch das war vorauszusehen. Jeder vernünftig denkende Mensch hat von diesem Kabinett keine andere Einstellung, keine soziale Gerechtigkeit erwartet. Lange Gesichter werden diejenigen aber bekommen haben, die hinter den Baronen und den diese stützenden Hitlerianern hergelaufen sind. In der Regierungserklärung des Kabinetts der Adligen wurde u. a. gesagt: „Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.“ Die Regierung hat gehandelt, die Taten sind da! Arbeitslose Hilfsmähler, habt ihr damit gerechnet, daß dieselben so aussehen würden? Die ganze Notverordnung ist brutaler Klassenkampf gegen das wertvolle Volk! Die Vermögen der Armen werden weiter ausgepreßt, wogegen die Reichen einen weitgehenden Schutz erfahren. Das ist die Reaktion in Reaktion, den ein Teil der Leidtragenden selbst verschuldet hat!

Wie sehen nun die ersten Taten der Papen-Schleicher-Regierung aus? Zunächst sei festgestellt, daß die Notverordnung Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe, der Sozialversicherung und der Reichsverpflegung bringen soll. Die Leistungen werden im allgemeinen auf den Stand von 1927 zurückgeführt. Man legt den breiten Massen neue Lasten auf. Andererseits treten für den Besitz und die hohen Einkommen Erleichterungen ein. Die hohen Militärpensionen werden nicht angetastet. Die hohen Einkommen bleiben von der neuen Beschäftigtensteuer unberührt.

### Knappschaffspensionsversicherung.

Bei den Kürzungen, die die Notverordnung vorsieht, ist zwischen Pensionen zu unterscheiden, die bis zum 1. Juli 1932 und solchen, die nach dem 30. Juni 1932 beantragt worden sind. An Leistungen, die bis zum 1. Juli 1932 beantragt wurden, ist zu kürzen:

- a) bei einer Invalidenpension der Betrag von 6 M.,
- b) bei einer Witwenpension der Betrag von 5 M. und
- c) bei einer Waisenpension der Betrag von 4 M. monatlich.

Die Kürzung ist bei allen Pensionen gleich. Ein Unterschied zwischen niedrigen und höheren Pensionen wird nicht gemacht. Einen Bescheid über die Kürzung erhalten die berechtigten Pensionempfänger nicht. Es genügt, wenn der Versicherungsträger die Kürzung durch Anschlag bekannt macht. Im Rechtswege kann der Berechtigte gegen die Kürzung auch nicht vorgehen. Die Kürzung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab in Kraft.

Für Knappschaffsinvalidenpensionen, die nach dem 30. Juni 1932 beantragt werden, ist nach der Notverordnung nicht mehr der Grundbetrag von 14 M. monatlich zu gewähren, sondern nur ein solcher von 7 M. monatlich. Das Kindergeld ist für diese Pensionen von 10 M. auf 7,50 M. monatlich ermäßigt worden. Da nach § 91 der Satzung nur die Hälfte davon gezahlt werden darf, würde es nur 3,75 M. betragen. Dagegen bleibt bei den Invalidenpensionen, die vor dem 1. Juli 1932 beantragt worden sind, das Kindergeld in Höhe von 5 M. monatlich bestehen. Die Witwenpension wird Witwen, die ihren Antrag auf Gewährung der Witwenpension nach dem 30. Juni 1932 gestellt haben, nicht mehr in Höhe von sechs Zehntel, sondern nur in Höhe von fünf Zehntel der Invalidenpension gewährt. In der

### Invalidenversicherung

treten für Renten, die vor dem 1. Juli 1932 beantragt worden sind, die gleichen Kürzungen wie in der Pensionsversicherung ein. In Fällen, in denen Knappschaffspension und eine Rente aus der Invalidenversicherung gewährt werden, erfolgt die Kürzung der Beträge zweimal.

Auch in der Invalidenversicherung ist für die Invalidenrenten, die nach dem 30. Juni 1932 beantragt werden, der Grundbetrag von 14 M. auf 7 M. und das Kindergeld von 10 M. auf 7,50 M. ermäßigt worden. Ferner erhalten die Witwen, die ihre Rentenansprüche nach dem 30. Juni 1932 stellen, nicht mehr sechs Zehntel der Grund- und Steigerungsbeträge der Invalidenrente, sondern nur fünf Zehntel, und die Waisen anstatt fünf Zehntel nur vier Zehntel dieser Beträge zu ihren Renten.

Soweit die Unfallversicherung in Frage kommt, ist eine unterschiedliche Kürzung für Renten vorgesehen, die für Anfälle aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis zum 31. Dezember 1931 zu gewähren sind, und Renten für Anfälle außerhalb dieser Zeit. Renten für Anfälle aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 werden um 15 Prozent, und die für Anfälle außerhalb dieser Zeit um 7½ Prozent gekürzt. Ruhen wegen des Bezuges einer Unfallrente bei einem Berechtigten die Bezüge

aus der Invaliden-, Angestellten oder der knappschafflichen Pensionsversicherung, dürfen die Unfallrenten nicht gekürzt werden.

### Kürzung in der Arbeitslosen-, Krisen- und Erwerbslosenversicherung.

In der Arbeitslosenversicherung werden die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 Prozent gekürzt. Dazu tritt eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen. Dadurch sollen erspart werden — 180 Millionen Mark.

In der Krisenunterstützung wird die Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt. Außerdem tritt eine Kürzung der Leistungen um 10 Prozent ein. Die um 15 Prozent gekürzten Wohlfahrtsätze werden in der Krisenversicherung als Höchstsätze eingeführt. In der Wohlfahrtsunterstützung beträgt die Senkung der Unterstützungsleistungen 15 Prozent. Man erhofft dadurch eine Einsparung von 334 Millionen Mark. Insgesamt treten in der Arbeitslosenfürsorge also Kürzungen im Gesamtbetrage von 520 Millionen Mark ein.

### Beschäftigtensteuer.

Da das Reich seine Zuschüsse für die Arbeitslosen beschränkt, muß es, um den Etat durchzuführen, 400 Millionen Mark an neuen Steuern aufbringen. Diese 400 Millionen Mark werden ohne weiteres auf Arbeiter, Angestellte und Beamte abgewälzt. Man schlägt also die Sozialversicherung, was das Kabinett Brünning durch die Beschäftigtensteuer verhindern wollte. Das Weiskabinett nennt die Beschäftigtensteuer „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“. Das klingt ein wenig anders. Dafür ist die vorgesehene Belastung aber weit einseitiger und drückender. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wird von dem Bruttoarbeitsentgelt der Lohn- und Gehaltsempfänger erhoben, das für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis 31. Mai 1933 gewährt wird. Dieser Steuer unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die Ruhegeld oder ähnliche Bezüge haben, Beamte, auch Beamte des öffentlichen Rechts, auch wenn sie in Deutschland nicht ihren Wohnsitz haben. Unter die Steuer fallen weiter Renten, wenn sich Reich usw. oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts an der Aufbringung beteiligt. Befreit sind Gehalts- und das „Arbeitsentgelt für vorübergehende Dienstleistung“ und für „geringfügige Beschäftigung“. Die Abgabe beträgt:

bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 M. monatlich . . . . .	1,5 %
bis zu 300 M. monatlich . . . . .	2,5 %
bei einem Arbeitsentgelt zwischen 300 und 700 M. monatlich beträgt die Abgabe für die ersten 300 M. für die weiteren Beträge . . . . .	2,5 % 5,75 %
bei einem Arbeitsentkommen zwischen 700 M. monatlich und 3000 M. monatlich beträgt die Abgabe von den ganzen Bezügen . . . . .	5,75 %
Sofern das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 3000 M. übersteigt, beträgt die Abgabe . . . . .	6,5 %

In diesen Sätzen ist die bisherige Krisenlohnsteuer einbezogen. Die Bestimmung in der Neuregelung, daß die bisher entrichtete Krisenlohnsteuer wegfällt, hat also nur formale Bedeutung. Die Abgabe für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird auf 1,5 Prozent festgesetzt.

### Schonung der hohen Einkommen.

Die hohen Einkommen kommen damit fort, daß die bisherige Krisensteuerveranlagungsrate, die im Oktober 1932 zu zahlen ist, nochmals als zweite Rate im Januar 1933 erhoben wird. Eine zusätzliche Belastung, wie bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten, tritt hier also nicht ein. Die bisherige Leistung wird bis zum ersten Halbjahr 1933 verlängert. Unter diese Bestimmungen fallen auch solche Personen, die ein Einkommen über 16 000 M. beziehen, also zum Beispiel die Generaldirektorengehälter in Höhe von 100 000, 200 000 M. und mehr. Auch solche Personen, die aus Kapitalvermögen, Hausbesitz usw. Einkommen haben.

### Umsatzsteuer auch unter 5000 Mark.

Vor einigen Monaten hatte das Kabinett Brüning die Bestimmung erlassen, bei einem Umsatz bis 5000 M. pro Jahr Umsatzsteuer nicht zu erheben. Diese Bestimmung sollte nicht nur der Vereinfachung und der Kostenersparnis dienen, sondern sollte auch den kleinen Gewerbetreibenden und dem kleinen Handel Erleichterungen bringen. Damit räumt die Notverordnung der Deutschnationalen und der Nazis jetzt auf. Immerhin waren bisher 2½ Millionen Personen im Genuß dieser Erleichterung. Die Umsatzsteuergrenze bis 5000 M. wird

wieder hergestellt. Das bedeutet eine Belastung bis zu 150 Millionen Mark pro Jahr. Statistisch wird der einzelne Betroffene mit etwa 150 M. pro Jahr belastet.

### Kolonialsteuer.

Zur weiteren Steigerung der Einnahmen greift die Notverordnung auf die Salzsteuer zurück, die vor dem Kriege in Deutschland bestanden hat, dann aber in der Republik ihres unsozialen Charakters wegen abgeschafft wurde. Diese Salzsteuer wird von den Engländern in den Kolonien, bei den Negern und Indern erhoben. Aber nicht in der Höhe, wie sie die neue Notverordnung vorsieht. Diese kommt auf den ungeheuren Satz von 12 Pfennig pro Kilogramm. Die Belastung, eine der ärgsten Massenbelastungen, die man sich denken kann, stellt sich auf 70 Millionen Mark pro Jahr.

### Senkung der Aufbringungsumlage.

Unter der Aufbringungsumlage versteht man die Steuer, die von den großen Industriebetrieben erhoben wurde, um die Aufbringung der Reparationslasten durchzuführen. Für das Jahr 1932 hätten 266 Millionen Mark Aufbringungssteuer erhoben werden müssen, von denen 80 Millionen Mark für die Bedürfnisse des Reiches, 90 Millionen Mark für die Osthilfe und 30 Millionen Mark für den gewerblichen Mittelstand (Kredite) bestimmt waren. Für die Aufbringung wird jetzt ein neuer Schlüssel geschaffen. Die Vermögensfreigrenze bleibt bei 500 000 M. bestehen. Die Umlage wird aber um die Hälfte gekürzt. Dabei entsteht für das Reich direkt ein Verlust von 60 Millionen Mark. Der Osthilfe können nur 45 Millionen zugeführt werden und den gewerblichen Krediten nur 15 Millionen. Hier haben wir es schon mit einer ausgesprochenen Subvention für die Groß- und Schwerindustrie zu tun.

### Pfändbarkeit der Kirchensteuer.

Die Reichsabgabenordnung wird dahin geändert, daß, soweit es sich um die Pfändung direkter persönlicher Steuern aus den letzten drei Monaten handelt, der Arbeits- und Dienstlohn unbeschränkt pfändbar ist.

### Kontrolle der gemeindlichen Finanzwirtschaft.

Bei den Gemeinden wird das Recht, Unterstüzungen für die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, davon abhängig gemacht, daß die regelmäßige Prüfung der Haushaltsrechnungen durch eine geeignete unabhängige Stelle und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse lajnungsgemäß sichergestellt werden. Das Reich wird also die Beteiligung an der Wohlfahrtshilfe davon abhängig machen, daß Haushalt-, Kassen- und Rechnungsordnungen aufgestellt werden. Dadurch erhält das Reich die Kontrolle über die Finanzwirtschaft der Gemeinden.

### Arbeitsbeschaffung.

Die Teile der Notverordnung, die sich auf die Arbeitsbeschaffung beziehen, enthalten keine positiven Angaben. Es wird viel von der Arbeitsdienstpflcht gesprochen, für die 20 Millionen Mark in den Etat eingesetzt sind. Im übrigen ist die Rede von Hausreparaturen, Straßen- und Wasserbauten, ohne daß man erfährt, was die Regierung nun eigentlich will und wie sie sich die Finanzierung vorstellt.

Das Gesamt Opfer, das die Regierung Papen den breiten Massen aufzwingt, beträgt rund 1,5 Milliarden Mark. Wo aber bleiben die Opfer der Besitzenden? Mit einiger Mühe entdeckt man, daß die Besitzenden ganze 45 Millionen mehr Krisensteuer aufbringen sollen, aber bei genauerem Zusehen stellt man zugleich fest, daß die Aufbringungsumlage — das ist eine Sondervermögenssteuer der Großbetriebe — um 100 Millionen Mark abgebaut wird. Die breiten Massen sollen 1,5 Milliarden Mark neue Opfer tragen, den Besitzenden aber werden 50 Millionen Mark geschenkt!

Das ist der Vorgeschmack vom „Dritten Reich“! Der „Wohlfahrtsstaat“ der vergangenen Regierungen, von dem die Papen-Regierung gesprochen hat, soll abgebaut werden. Kriegsoffer und Sozialrenten sind in erster Linie die Leidtragenden. Neues Elend ist verordnet! Wenn auch die Brüningischen Notverordnungen manche Härten enthielten, so verbläht doch alles gegenüber diejenige des Papen-Schleicher-Kabinetts. Auf das von Brüning geplante Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde seitens der Nazibarone endgültig verzichtet! Aus diesem Grunde wurde auch die von der Regierung Brüning in Aussicht genommene Prämienanleihe fallen gelassen. Wie nehmen an, daß mancher, der bisher im Dunkeln tappte, sehend geworden ist. Wer indes jetzt noch nicht begreift, was gespielt wird, der ist zu bedauern.

# Unsere Tarifbewegungen im Jahre 1931.

Im Jahre 1931 wurden von unserem Verband 72 Lohn-, 9 Arbeitszeit- und 8 Manteltarifbewegungen geführt und abgeschlossen. Die große Zahl der Lohnbewegungen ist auf die kurze Laufdauer der Lohnverträge und auf die fortgesetzten Kündigungen derselben durch die Unternehmer zurückzuführen. So wurde z. B. der Lohnvertrag für das Ruhr- und Nachener Revier viermal, für Oberschlesien dreimal gekündigt.

Die sich immer weiter verschärfende Wirtschaftskrise ersetzte den Abwehrkampf der Bergarbeiter ganz gewaltig. Trotzdem erreichten die Unternehmer nicht bei allen Lohnkürzungen ihr Ziel. Während in 65 Fällen gegen den stärksten Widerstand der Verbandsinstanzen eine Lohnreduzierung eintrat, konnte in 7 Fällen der geplante Lohnabbau abgewehrt werden.

Durch Vereinbarung der Parteien wurden 46 Bewegungen abgeschlossen, davon 32 durch freie Vereinbarung, also ohne Mitwirkung einer Schlichtungsinstanz. In 14 Fällen einigten sich die Parteien auf der Grundlage eines gefällten Schiedspruches.

In 26 Fällen konnte keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden. Der ergangene Schiedspruch mußte also für verbindlich erklärt werden, damit wieder ein rechtsgültiger Vertrag zustande kam. Die Verbindlichserklärung erfolgte dreimal von Amts wegen, in 14 Fällen auf Antrag der Unternehmer und neunmal auf Antrag der Arbeitnehmer.

Von insgesamt 72 Lohnbewegungen wurden nur drei durch von Amts wegen verbindlich erklärte Schiedsprüche abgeschlossen. Der Zahl nach sind sie also nur von untergeordneter Bedeutung. Dieses Bild ändert sich aber grundlegend, wenn die Zahl der von diesen Urteilen erfassten Arbeiter berücksichtigt wird. Es handelt sich bei den von Amts wegen für verbindlich erklärten Schiedsprüchen um die Lohnregelung des Ruhrreviers in den Monaten Januar und Oktober und in Oberschlesien ebenfalls im Monat Oktober. In beiden Revieren wurden beispielsweise im Oktober rund 271 000 Arbeiter beschäftigt. Das war fast die Hälfte aller Arbeiter, die sich im Jahre 1931 in einer Lohnbewegung befanden.

Die Zahl der freien Vereinbarungen, durch die in 32 Fällen die Lohnbewegungen abgeschlossen wurden, überwiegt bei weitem die Zahl der Vereinbarungen nach ergangenen Schiedspruch, sowie auch die der Schiedsprüche. Durch die von Amts wegen für verbindlich erklärten Schiedsprüche wurde bekanntlich der Lohn ab 1. Januar um 6 Prozent, ab 1. Oktober um 7 Prozent gekürzt. Da es sich hierbei, wie oben schon erwähnt, um die Lohnregelung der zwei größten Bergbaureviere handelte, war nicht anzunehmen, daß die Reichsregierung in den kleineren Revieren eine andere Stellung einnehmen würde. Es bestand vielmehr die Gefahr, daß Schiedsprüche gefällt wurden, die ebenfalls einen Lohnabbau von 6 bzw. 7 Prozent vorsahen, bei deren Ablehnung durch beide Parteien die Verbindlichserklärung von Amts wegen nicht ausgesprochen wurde und somit ein tarifloser Zustand eintrat. Die Gefahr eines tariflosen Zustandes wurde durch die freien Vereinbarungen beseitigt. Darüber hinaus wurde noch erreicht, daß für 230 000 Arbeiter die Löhne im Berichtsjahr nicht um 13 Prozent, sondern nur um 4 bis 10 Prozent gesenkt wurden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist angesichts der katastrophalen Beschäftigungslage im Bergbau zu einer der wichtigsten Fragen für die Bergarbeiter geworden. Soweit daher in den einzelnen Revieren das Arbeitszeitabkommen gekündigt werden konnte, wurde auch die Kündigung durch den Verband ausgesprochen.

Von den 9 Arbeitszeitbewegungen konnten 7 mit Erfolg abgeschlossen werden. Nur 2 verliefen erfolglos. Bei den letzteren handelt es sich um die Bewegungen des Ruhr- und des Nachener Reviers. Die Unternehmer dieser beiden Reviere gehören zu den stärksten Gegnern jeder Ar-

beitszeitverkürzung. Sie lehnten nicht nur jede Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden ab, sondern sie stellten sogar im Nachener Revier den Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde! Dieser Antrag konnte jedoch abgewehrt werden. In beiden Revieren wurde die alte Arbeitszeit belassen.

Im mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlenbergbau gelang es uns im Berichtsjahr, von der 8½ bzw. 9-stündigen Arbeitszeit nach langwierigen Verhandlungen zu einem Vertrage zu kommen, der die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich festsetzte.

Für die Belegschaft der Grube Wölkersheim sowie für drei weitere Einzelbetriebe gelang es, die Arbeitszeit unter und über Tage zu verkürzen.

Insgesamt wurde die Arbeitszeit für 67 457 Arbeiter um 202 371 Stunden oder je Arbeiter um 3 Stunden wöchentlich verkürzt. Diese Erfolge sind gewiß nicht die volle Erlangung unserer Forderungen. Sie bedeuten aber doch einen Schritt weiter auf diesem Gebiet.

Von den 9 Arbeitszeitbewegungen wurden 6 durch Vereinbarung beendet. Davon waren 5 freie Vereinbarungen, also Parteienvereinbarungen, und eine erfolgte nach ergangenen Schiedspruch. In zwei Fällen konnte zwischen den Parteien keine Einigung erzielt werden, die gefällten Schiedsprüche mußten aus diesem Grunde für verbindlich erklärt werden. Der Antrag auf Verbindlichserklärung wurde in einem Falle von den Unternehmern, in dem anderen von Amts wegen gestellt.

Begünstigt durch die ungeheure Wirtschaftskrise versuchten die Unternehmer nicht nur in der Lohn- und Arbeitszeitfrage Verschlechterungen herbeizuführen, sondern sie versuchten auch die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Zu diesem Zwecke kündigten sie in fünf Revieren den Manteltarif. Ihr Ziel haben sie auch hier keineswegs erreicht, denn neben Verschlechterungen konnten auch wesentliche Verbesserungen durchgeführt werden. So wurde beispielsweise für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau folgendes erreicht: Der Lohnzuschlag von 25 bzw. 50 Prozent muß für alle Ueber- und Nebenschichten gezahlt werden, den Arbeiterinnen wird nunmehr unter den gleichen Bedingungen der Urlaub gewährt wie den Arbeitern, die jugendlichen Arbeiter erhalten anstatt 3 Tage 6 Tage Urlaub.

Im niederschlesischen Bergbau gelang es, für die Belegschaft der Niederschlesischen Bergbau AG. das sogenannte Krümpersystem durch Zulassvereinbarung zum Manteltarif abzulösen. Durch die Einführung dieses Systems wurden von den bereits entlassenen 1800 Bergarbeitern 1400 wieder eingestellt und weitere geplante Entlassungen verhindert.

Der tariflose Zustand für das Nickelwerk Frankenstein in Schlesien und das Tonwerk Klingenberg a. M. konnte durch den Neuabschluß eines Tarifvertrages beseitigt werden.

Der Abschluß der acht Manteltarifbewegungen erfolgte bei fünf auf Grund einer freien Vereinbarung. Die übrigen drei Bewegungen mußten durch Schiedsprüche mit anschließender Verbindlichserklärung beendet werden. Der Antrag auf Verbindlichserklärung wurde in zwei Fällen von den Unternehmern, in einem Falle von den Unternehmern gestellt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Verband unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten auch im Abwehrkampf seinen Mann gestanden hat. Vor allem konnten die Pläne der Unternehmer nach Beseitigung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und damit einer Verschärfung derselben abgewehrt werden. Welche Bedeutung die Tarifverträge gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Depression für die Arbeiterschaft haben, lehrt das Vorgehen der Unternehmer in der heutigen Zeit. Und den uns noch Fernstehenden liegt es nun, durch Eintritt in den Verband die Abwehrfront zu stärken.

# Kameraden!

Die Reaktion versucht, Triumphe zu feiern!  
Die Herren Grafen und Barone, die Herren von „Io und Io“ üben ihre Macht aus.  
Ihr Vorgehen bedeutet Feindschaft gegen die gesamte Arbeiterschaft!  
Seid wachsam, kämpft gegen die Reaktion, indem ihr mithelft, den Verband zu stärken!

# Denkt an die Werbearbeit

Organisiert auch arbeitslose Berufskollegen

angenommenen Uebereinkommen über die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit (1919), zur Arbeit auf See (1920) und zur Arbeit in der Landwirtschaft (1921) geregelt worden sind. Ausgenommen sind die Seefischer und Arbeit in Fach- und Berufsschulen, wenn bestimmte Voraussetzungen zutreffen. Grundlegend wird gesagt, daß Kinder unter vierzehn Jahren, sowie solche, die das vierzehnte Lebensjahr bereits überschritten, aber noch schulpflichtig sind, nicht beschäftigt werden sollen. Kinder mit vollendetem 12. Lebensjahr können mit leichten Arbeiten aber schon beschäftigt werden, wenn diese die Gesundheit und den Schulbesuch nicht beeinträchtigen und die Dauer von zwei Stunden an Schul- und Ferientagen nicht überschreiten. Weitere Ausnahmen können durch die Gesetzgebung durch Ermächtigung von Fall zu Fall geschaffen werden, wenn es sich um Belange der Kunst, der Wissenschaft oder des Unterrichts handelt.

Der Uebereinkommensentwurf über den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter kann auszusagen nicht wiedergegeben werden, weil er eingehend zahlreiche technische Einzelheiten behandelt, die der Unfallverhütung dienen.

Ueber die Punkte 1 und 2, die im kommenden Jahr sich zu Uebereinkommensentwürfen verdichten werden, kann gesagt werden, daß die bei der Invalidenversicherung aufgestellten Grundsätze im wesentlichen der deutschen Gesetzgebung entsprechen. Wehnlich ist es bei der Abschaffung der gemeinschaftlichen Arbeitsvermittlungsfleien. Natürlich gilt das nur für die Fragebogen, die den Regierungen vorgelegt werden, deren Antworten dann als Material den Uebereinkommensentwürfen zugrunde gelegt werden.

Nicht vorbegegangen werden kann an einer Angelegenheit, wo die Arbeitergruppe eine Niederlage erlitt. Seit Italien Faschisten als Arbeitervertreter schickte, hat die Arbeitergruppe ihr Mandat angefochten, sie hat auch nie einen Faschisten als Vertreter in irgendeinem Ausschuss gewählt. Das hat schon einmal zu einer Aenderung der Geschäftsordnung geführt, durch die erzielt wurde, daß Mitglieder und deren Sachverständige in jedem Ausschuss mitarbeiten können. Selbstverständlich ohne Stimmrecht. Auf Drängen Italiens ist jetzt die Geschäftsordnung von neuem geändert worden. Jetzt kann ein von der Gruppe nicht zugelassener sich bei dem Propositivsausschuss beschweren, seine Zulassung zu einem bestimmten Ausschuss verlangen und auf diese Art Mitglied werden. Die Selbstbestimmung der Gruppe ist dadurch bei einem wichtigen Punkt durchlöcher worden. Weiter sieht die Geschäftsordnung jetzt vor, daß wenn bei einem Protest neue Gründe nicht vorgebracht werden, die Konferenz über die Gültigkeit eines Mandats ohne Aussprache entscheiden kann. Dieser Bestimmung gab die Konferenz rückwirkende Kraft und so konnte gegen die Zulassung des Faschisten öffentlich nicht protestiert werden. Ausschlaggebend waren dabei diplomatische Rücksichten. Besonders unangenehm haben die Arbeiter empfunden, daß neben den italienischen Anträgen eine Vorlage des Internationalen Arbeitsamts zur Geschäftsordnung lief, durch die den Wünschen der Faschisten voll Rechnung getragen wurde.

# Aus dem russischen Bergbau.

„Udarnik Uglja“, Nr. 50, vom 8. Mai 1932. Diese russische Bergarbeiterzeitung berichtet: „Wir haben in den ersten Monaten einen scharfen Sprung nach unten in der Kohlenproduktion zu verzeichnen. Im Januar betrug die Kohlenförderung im Rußland pro Tag im Durchschnitt 196 780 To., und im Donbassin 141 183 To., während die Kohlenproduktion im April auf 123 170 To. im Donbassin heruntergegangen ist und in ganz Rußland sogar auf 183 560 To. Am 3. Mai betrug die Gesamtkohlenproduktion in Rußland nur noch 147 959 To. und im Donbassin 191 277 To. Einen derartigen Produktionsrückgang haben wir seit einem Jahr nicht mehr zu verzeichnen gehabt. Als Ursache der Nichtdurchführung des Kohlenplanes wird die schlechte Organisation der Arbeit und das willkürliche Feiern der Bergleute angegeben.“

Auf den Makejewsker Schachtanlagen betrug am 3. Mai infolge des willkürlichen Feierns der Bergleute die Kohlenförderung nur 2577 To. oder 55,5 Prozent des Kohlenplanes. Auf den Schachtanlagen der Sowjetfowo-Grubenverwaltung betrug die Kohlenförderung kaum 2897 Tonnen oder 58,4 Prozent des Planes.

In der Rutschentowstowo-Grubenverwaltung sind an diesem Tage 200 Mann zur Arbeit nicht erschienen und in der Staffinso-Grubenverwaltung 500 Mann. Die Welle des willkürlichen Feierns der Bergleute wälzt sich durch das ganze Donbassin.“

„Udarnik Uglja“, Nr. 51, vom 11. Mai 1932. Genannte Zeitung schreibt: „Wir haben die Arbeit in den Streben sehr schlecht organisiert. Im Donbassin in den technisierten Streben hatten wir im September 1931 insgesamt 105 400 nichtausgenutzte Stunden festgestellt, d. h. wo die Arbeiter in der Arbeitszeit nichts getan haben, im Januar sogar 185 000 Stunden und im Februar 223 000 Stunden. Die Bergleute müssen in diesem Jahr 90 Millionen To. Kohlen bringen, sie haben nicht das Recht, mit der Arbeit zurückzuflehen.“

„Udarnik Uglja“, Nr. 52, vom 14. Mai 1932. Diese Zeitung berichtet, daß der Reichsplan in der Viehbeschaffung in Rußland um die Hälfte zurückgegangen ist, dem Plane nach sollten 1 414 000 To. Vieh beschafft werden und beschafft wurden nur 716 900 To. R. R.

# 16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz.

Auf der Konferenz wurde eingehend über die Hemmnungen gesprochen, die die sozialpolitische Entwicklung aufhalten und mitunter zum Rücklauf führen. Ueber die schlechte Wirtschaftslage kann der beste Freund der Sozialpolitik nicht hinwegsehen, und wer nicht ihr Freund ist, nun, der weist erst recht auf sie hin. Bei der Aussprache über den Bericht des Direktors, der in seinem Hauptteil auch in diesem Jahr die Wirtschaftskrise behandelte und nach Mitteln suchte, sie zu beheben, ist eigentlich mehr von der Wirtschaft als von der Sozialversicherung geredet worden. Das ist dann fortgesetzt worden, als die Entschliessungen zur Beratung standen, die in erheblicher Zahl auch in diesem Jahr auf der Tagesordnung standen. Die Mehrzahl beschäftigte sich mit der zukünftigen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts. Sie brauchen hier nicht besonders behandelt zu werden. Anders steht es mit einer Entschliessung, die von Jouhaux, Mertens und Schürch eingebracht wurde und die in einer abgeschwächten Form, die von den Antragstellern akzeptiert worden war, von der Konferenz angenommen wurde. Sie ist eigentlich das Ereignis der letzten Konferenz gewesen; im Ausschuss und auf der Konferenz ist heftig um sie gestritten worden. Wer am Buchstaben klebt, wird sagen können, die Entschliessung gehe über die Befugnisse der Konferenz hinaus, sie sei mehr wirtschaftlicher als sozialpolitischer Natur, sie sei, weil sie auch die Reparationsfrage berühre, sogar hochpolitischer Art, aber wer Sozialpolitik will, kann in all diesen Fragen sich nicht Schutzklappen umhängen. Und wenn die Arbeitskonferenz auch zur Prüfung wirtschaftlicher Fragen nicht zuständig ist, so kann sie doch mindestens das Gewissen der zuständigen Kreise wachrufen oder schärfen. Im Ausschuss ist mit besonderer Wärme auch Albert Thomas, der kürzlich durch den Tod von uns gerissen wurde, für die Entschliessung eingetreten, und zwar nicht nur für den Teil, der die Arbeitsbeschaffung betrifft, sondern auch für den Teil, der sich mit den Reparationen beschäftigt. Er hat offen ausgesprochen, daß die Reparationsfrage liquidiert werden müsse, weil sie den Frieden und die Wirtschaft störe und er stand nicht an zu erklären, daß sein Land (Frankreich) mit dafür verantwortlich sei, daß dieser Zustand noch andauere.

Die Entschliessung ist sehr umfangreich. Ausgehend von einer Reihe von Voraussetzungen, wendet sie sich an den Völkerbund und an die einzelnen Staaten, verlangt die Organisation und Finanzierung öffentlicher Arbeiten, Mitwirkung bei der Regelung der Reparationsfrage, eine Konferenz zur Regelung des Währungs- und Kreditwesens, eine weitere Konferenz zur Beratung der Fragen der Erzeugung der Waren und ihres Umlaufs. Welche Wirkung die Entschliessung auf den Völkerbund haben wird, läßt sich nicht sagen. Es sei aber auch an dieser Stelle das Bedauern darüber ausgesprochen, daß der beredete Mund verstummt ist, der ihr beim Völkerbund Anerkennung verschafft hätte. Bei all diesen Dingen wird Albert Thomas nicht zu erregen sein.

In einer weiteren Entschliessung fordert die Konferenz den Verwaltungsrat auf, die Frage der gesetzlichen Einführung der 40-Stundenwoche in allen Industriestaaten im Hinblick auf die baldige Annahme einer internationalen Regelung zu prüfen.

Vom Verwaltungsrat war auf die Tagesordnung gestellt worden:

1. Die Aufhebung der gewerksmäßigen Arbeitsvermittlungstellen.
2. Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.
3. Das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen.
4. Die teilweise Milderung des Uebereinkommens über den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle.

Die Punkte 1 und 2 standen zum ersten Mal auf der Tagesordnung, es konnten also nur Richtlinien aufgestellt werden, die das Amt bei der Formulierung der Fragebogen zu berücksichtigen hat. Die übrigen beiden Punkte haben auf der Konferenz ihre endgültige Regelung gefunden.

Die Zulassung von Kindern in nichtgewerblichen Berufen wurde durch einen Uebereinkommensentwurf geregelt, und zwar soll er alle Fälle erfassen, die noch nicht durch die bereits früher

# Bundesausschreibung des ADGB.

I.

Am 14. Juni 1932 trat der Bundesausschuss des ADGB. zu seiner 7. Sitzung in Berlin zusammen.

Leipart leitete die Beratungen mit einer Würdigung der großen Verdienste von Albert Thomas, des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, ein, den ein jäher Tod im vergangenen Monat seiner umfassenden Lebensarbeit entrissen hat.

Er gedachte dann in ehrenden Worten des Kollegen August Quitt und des bisherigen Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Oswald Schumann, der zum ersten Male nicht an den Beratungen teilnimmt, da er seine Ämter niedergelegt hat.

Er teilte mit, daß der Verband der Kupferschmiede beschloffen hat, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen. Der Verband, der nun seine Selbständigkeit aufgibt, kann auf die von ihm in langen Jahrzehnten geleistete Arbeit stolz sein. Beide Organisationen sind zu dem Beschluß zu beglückwünschen, der in beiderseitigem Interesse liegt. Leipart ging auf die

## Ereignisse der letzten Monate

ein, seit die Gewerkschaften den Schrei nach Arbeitsbeschaffung erhoben haben. Er berichtete über die Beratungen der Spitzenorganisationen mit dem Kabinett Brüning, in denen mit großem Nachdruck von Seiten der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen zu den geplanten Notverordnungen Stellung genommen wurde. Insbesondere haben sie sich entschieden für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung eingesetzt.

Die Regierung Brüning hat nach ihrem Sturz in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ein Programm zur

## Arbeitsbeschaffung

für 600 000 Arbeitslose vorbereitet und auch die Finanzierungsfrage bereits geklärt habe. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften hatten die Gewerkschaftsvertreter nicht den Eindruck, daß die Pläne schon so weit gebieterisch seien, so nachdrücklich sich gerade die Gewerkschaften für die planmäßige Arbeitsbeschaffung eingesetzt haben. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften an ihrem Programm der Arbeitsbeschaffung festhalten. Sie werden dieses Programm auch gegenüber der neuen Regierung mit der gleichen Entschiedenheit vertreten, mit der sie sich auch weiterhin für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen wollen. Ueber

## Die programmatische Erklärung der neuen Regierung

braucht kein Wort verloren werden. In diesem Kreise ist niemand, der den „neuen Kurs“ nicht auf das Schärfste beurteilt. Der Bundesausschuss wird diese Tagung benutzen, um seine Auffassung von der grundsätzlichen Neuorientierung entschieden zum Ausdruck zu bringen.

Ein neuer Wahlkampf steht bevor. Er wird mit größter Heftigkeit geführt werden als je ein Wahlkampf bisher. Es müssen selbstverständlich von der gesamten Arbeiterbewegung alle Kräfte angespannt werden, denn es ist ein Schicksalskampf der deutschen Arbeiterschaft. Die Erzwungenschaften von Jahrzehnten stehen auf dem Spiele.

Am 9. und 10. Juni hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin getagt und auch über das Reparationsproblem beraten. Die Beratungen haben zu einer Entscheidung geführt, die in der Forderung gipfelt, daß endlich ein Schlußstrich unter die Reparationen gezogen wird.

Schlimm (Bundesausschuss) ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden durch einen Bericht über die Beschlüsse und Maßnahmen der in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen.

Leipart teilt mit, daß die kommunistische Opposition und der Parteivorstand der KPD — je für sich — an den Bundesausschuss Einladungen zur Errichtung der „Einheitsfront“ der Arbeiterschaft gerichtet haben. Der ADGB, hieß es in dem Schreiben dieser Parteigruppen, sei berufen, die Initiative bei diesem Versuch zu ergreifen. Der Bundesausschuss hat jedoch der Auffassung, daß diese Gruppen am wenigsten berechtigt seien, nach einer „Einheitsfront“ zu rufen, auch sei genügend klar, was es darunter verstehen. Ein Eingehen auf ihre Anregungen sei nicht eher möglich, bevor diese Parteispalter durch ihr Verhalten erwiesen hätten, daß sie ihre sinnlosen Angriffe gegen die Gewerkschaften einzustellen gedenken. In der

## Distinon

wird diese Auffassung bekräftigt. Namentlich könne von einem Zusammenwirken mit den Parteigruppen von der KPD. bis zur KPD. solange keine Rede sein, wie sich hinter der Formel von der „Einheitsfront“ nur eine andere Methode verbirgt, nach altem kommunistischen Rezept in die Geschlossenheit der Gewerkschaften einzubringen. Bei dieser Geschlossenheit der Gewerkschaften liege die Gewähr für die Einheit des Kampfes der Arbeiterschaft. Dieser Standpunkt schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften dem ehrlichen Einheitsstreben, das sich in der Arbeiterschaft rührt, ein aufmerksames Ohr leihen werden.

Der große Ernst der politischen Situation wird in der Aussprache wiederholt betont. In den kommenden Kämpfen werde die Arbeiterbewegung ihre Macht bis zum äußersten einsetzen müssen, um die Gefahr zu bannen, die ihr von dem Regime der Reaktion drohe. Die Arbeiterschaft habe aber auch bewiesen, daß sie zu kämpfen wisse. Allseitig wird mit ruhiger Bestimmtheit die Ueberzeugung ausgesprochen, daß es der Arbeiterbewegung gelingen wird, die großen Kämpfe, denen sie entgegengeht, erfolgreich zu bestehen. Die Gewissheit, daß die Arbeiterbewegung den ihren Feinden auf die Dauer an innerer Geschlossenheit und geistiger Schöpferkraft überlegen ist, bildet den Grundton der Aussprache. Der Vereinfachung, alle Machtmittel der Arbeiterbewegung aufzubieten, wird mit größter Entschiedenheit Ausdruck verliehen.

Die Aussprache schloß mit der einstimmigen Annahme der vom Bundesausschuss vorgelegten

## Rundgebung der Gewerkschaften

gegen den angekündigten neuen Kurs der jetzigen Reichsregierung. Sie lautet:

„Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampfanzeige an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungsäußerungen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnern in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der nationalen Konzentration. Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staatsbehaltenden, kurzum

aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärt, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminister sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennen.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben.

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Ueberwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassenfesseln und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der großen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer getrennten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates von demokratischem Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des Einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates eines neuen Deutschlands.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit des Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war, abseits aller nationalen Phrasen, die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit. Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angekündigten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Kampfabstanz“. Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschen nationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Vorführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeitserneuernden Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst.

# Der IGW. und das Reparationsproblem.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der am 9. und 10. Juni in Berlin tagte, hat folgende Entscheidung zur Reparationsfrage einstimmig angenommen:

„Nach eingehender Prüfung des Reparationsproblems hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu der veränderten Lage Stellung genommen, die durch die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise geschaffen worden ist.

Die — unter Ausserachtlassung der vom Internationalen Gewerkschaftsbund schon vor mehr als zehn Jahren aufgestellten Forderungen — unternommenen Lösungsversuche der kapitalistischen Regierungen haben keine Resultate gezeigt. Das Hoover-Jahr war eine Verlagerung, aber keine Lösung! Die Sachverständigen haben einstimmig erklärt, daß Deutschland nicht mehr zahlungsfähig ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund muß aber daran erinnern, daß er neben der auf die Streichung der Kriegsschulden gerichteten Forderung immer betont hat, daß Deutschland ausschließlich zur Wiedergutmachung der in den zerstörten Gebieten

Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorstoß leistet.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewunderten Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermürbung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarien und der pensionierten Offiziere und Generale stützt, von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im gesicherten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Vermehrung des Volksstaates einsetzen.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung“ zu führen gedenkt. Weiterer Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts, mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber Schonung und Schutz der Besitzenden, insbesondere der Großagrarien — das ist der Sinn des neuen Kurses, der „grundtätig neue Richtung der Staatsführung“!

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschlands machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Knechtseligkeit und Muderium erstickt werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und besiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Feinde des Rückschritts gilt es alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigem Widerstand zusammenzufassen. Der fesselhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzubringen, muß scheitern an der vereinten Kraft eures unbegrenzten Willens. Eure Forderung muß sein: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Leipart schloß die Aussprache mit folgenden Worten: „Die Gewerkschaften haben auch in der heutigen Situation, auch gegenüber dieser Regierung keinen Grund, mit geringerem Vertrauen in ihre Kraft den kommenden Kämpfen entgegenzutreten. Die Kampffront ist klar und eindeutig. Das Bewußtsein dieser Tatsache wird der Energie und der Schwingkraft der Gewerkschaften einen neuen Auftrieb geben.“

## Deutschland im Schatten...

so ist der Leitartikel der Juni-Nummer von „Verband und Wirtschaft“ betitelt. Durch den reaktionären Schatten, der jetzt Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse Zukunft verdunkeln will, müssen wir hindurch, kämpfen, alle Kräfte anspannen. Die Bewegung wird schließlich oben bleiben, welche die tüchtigeren Funktionäre hat, die nicht selber blinde Mitläufer sind, sondern eigenwillige Führer. Unsere Funktionärzeitschrift „Verband und Wirtschaft“ will der Erbüchtigung unserer Funktionäre dienen — wirtschaftlich, mehr noch: praktisch. Wer „Verband und Wirtschaft“ regelmäßig liest, ist über die Bergbaufragen im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik unbedingt im Bilde und das muß ein guter Funktionär auch sein. Fragen, wie die: „Warum der Kohlenstrom stockt?“ oder „Autarkie — Weltwirtschaft — Planwirtschaft“ werden in der vorliegenden Nummer beantwortet. Aus den „Betrachtungen“ erfährt man beispielsweise etwas über die Situation im englischen Bergbau, der soeben dicht an einem großen Konflikt vorbeigesegelt ist, und anderes mehr. Guten Anklang hat auch die Neugruppierung unseres Zahlenteils gefunden, der regelmäßig durch eine kurze statistische Abhandlung ergänzt wird. Diesmal werden die Indizeszahlen erläutert. Mit besonderer Freude ist das vielfältige Echo zu begrüßen, das die Anregung des Kameraden Schüttrigkeit — Diskussionspalten einzurichten — gefunden hat. Wie in einer lebhaften Versammlung haben sich viel mehr Kameraden zu Wort gemeldet, als tatsächlich zu Wort gekommen sind. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Jeder Mitarbeiter darf versichert sein, daß keine Anregung unter den Tisch fällt. Ist es auch nur eine Auswahl der Einsendungen, die abgedruckt werden konnte, so zeigt sie doch den guten Geist, der in unseren Funktionären steckt. Wenn überall so ernst und sachlich und mit soviel gutem Willen, dem Besten des Verbandes zu dienen, daskuriert würde, wie in der Rubrik „Wer wünscht das Wort?“, dann könnten wir uns alle glücklich preisen. Aber das eine jedenfalls zeigt diese Aussprache: sie war ein Bedürfnis. Wir werden diese Einrichtung in „Verband und Wirtschaft“ beibehalten und weiter ausbauen trachten. Daran sollen alle Funktionäre mithelfen!

verursachten Kriegsschäden verpflichtet ist; er bestätigt diesen Standpunkt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte bereits in seinem Memorandum an die 4. Völkerbundsversammlung 1923 die Einsetzung eines neutralen Schiedsgerichts verlangt, dessen Autorität die immer noch bestehenden Streitfragen schon damals schlichten sollte.

Die Widersprüche in der Bewertung der von Deutschland für die Wiedergutmachung geleisteten Zahlungen haben eine definitive Regelung der Frage erschwert und dadurch die Spannung zwischen den Völkern erhöht, statt daß ihre gegenseitigen Beziehungen in beiderseitigem Interesse der endlichen Befriedigung Europas dienstbar gemacht wurden.

Die Welt steht heute vor der nicht mehr aufschiebenden Pflicht, das Reparations- und Kriegsschuldenproblem endgültig zu lösen, um diese unheilvolle Quelle politischer Gefahren und wirtschaftlicher Katastrophen zu beseitigen.

Die Konferenz von Lausanne darf deshalb weder vertagt werden, noch darf sie die Lösung der Probleme hinauszögern. Eine weitere Zuspitzung der Lage müßte die Folge der Verzögerung sein.

Der Internationale Gewerkschaftsbund vertritt die Auffassung, daß es im Interesse des wirtschaftlichen wie politischen Friedens nur eine vernünftige Lösung gibt: Unter das Reparationsproblem muß der Schlußstrich gesetzt werden!

Wenn jedoch die politischen Verhältnisse diese Endregelung ohne neue Verzögerungen nicht gestatten, so muß die Lausanner Konferenz wenigstens zu einem allgemeinen Moratorium von mindestens zehn Jahren gelangen, das die Möglichkeit schafft, die internationale Solidarität der Völker wiederherzustellen und an Stelle des Wirtschaftskrieges die Zusammenarbeit zu setzen, die allein den gemeinsamen Wiederaufbau der Weltwirtschaft ermöglichen kann.

Es steht fest, daß eine derartige von allgemeinem Veröberungswillen getragene Lösung die Vereinigten Staaten von Amerika ohne langes Zögern dazu bringen würde, freiwillig auf ihre Forderungen aus dem Kriege zu verzichten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß sowohl die letzte Arbeitkonferenz des Internationalen Arbeitsamtes als auch der Völkerbundrat die Notwendigkeit betont haben, daß zum Wohlergehen der ganzen Welt eine definitive Regelung des Reparationsproblems und der anderen internationalen politischen Schuldenfragen erfolgen muß, die von Tag zu Tag dringlicher wird.

Nicht weniger deutlich wird in den Beschlüssen der Internationalen Arbeitkonferenz und des Völkerbundsrates darauf hingewiesen, daß die Lösung des Reparationsproblems nur insofern wirksam werden kann, als die Staaten auch die Kriegsschuldenfragen und die allgemeinen Währungs- und Kreditprobleme, sowie die Probleme der Produktion und des Austausches regeln.

Es muß dabei zu praktischen Lösungen kommen, die die Wiederankurbelung der Wirtschaft auf der Grundlage gemeinschaftlicher Pläne ermöglichen unter dem Gesichtspunkt der systematischen Verbrauchssteigerung der Massen und der planmäßigen Ausgestaltung des internationalen Güterauslaufes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund, der die Volksschichten vertritt, die am stärksten von der Krise betroffen werden, verlangt, daß die Stimme der Arbeiterschaft auf den Konferenzen, die mit der Lösung der bezeichneten Probleme beauftragt sind, gehört wird.“

# HAUS UND LEBEN

## Brief an einen Volksverächter.

Chateperle:

Mein Herr! Sie lieben die Volksmenge nicht? Mir scheint's, Sie haben Angst davor. Wenn Sie eine sich zusammenrottende Volksmenge sehen, kriegen Sie einen Schauer wie die Ameise beim Anblick des Elefanten. Sie fühlen unbewußt, dieser Elefant könnte etwas Ungeheures vollbringen, und wenn Sie schon ein laßes Aufbegehren dieser heiligen Menge der Arbeitslosen oder Empörten hören, dann blicken Sie zu den Wolken in der Hoffnung, ein Gott erscheine an der Spitze seiner alles vernichtenden Legionen.

Sie gestatten, mein Herr, daß ich als beschönderer Barde dieses „Vöbels“ dagegen protestiere. Diese Menschenmenge — ob sie Ihnen gefällt oder nicht — ist der erste gesellschaftliche Organismus. Es befeht sie ein Wille, eine Begeisterung, ein Instinkt. Jedes menschliche Wesen, das sich der Menge hinzugefügt, verliert seine Individualität und paßt sich dem Rhythmus des Hauptes an, fühlt mit ihm Freude und Leid, reagiert mit ihm.

Verschiedenartig und launenhaft ist die Volksmenge. Wenn sich deren Stimmung in die Tat umsetzt, sind wir immer verblüfft, manchmal entsetzt, enttäuscht oder angewidert. Wenn sie sich ruhig verhält, dann besitzt sie die Majestät der Macht. Ist sie aufgeregt, veranlaßt sie entweder ein Unglück oder bedeckt sich mit Ruhm. Ein Wort schon kann sie manchmal zur Tat anspornen und oft kommt es vor, daß sie die schlimmsten Schläge gleichgültig erträgt. Sie läßt sich hinreißen zu den Höhen der Utopie wie auch zur Rafferei der Rache. Hat Schwingen des Engels oder des Dämons, ausgebreitet zum Fluge, brutal wie jede überschießende Kraft.

Haben Sie die viel farbige, bekümmerte, durch schmale Gassen eifende oder hier und da in kleine Haufen gedrängte Volksmenge, die Synthese einer Epoche, gesehen? Das ist die Menge des Alltags.

Haben Sie die irrsinnige, die getretene oder schwache Menschen treternde, wie ein Stier gegen Hindernisse anrennende, der Vernunft unzugängliche, blinde, gemeine und sich wie eine hemmungslose Bande von Wölfen gegenseitig aufreißende Volksmenge gesehen? Das ist der wilde, gedankenlose Haufen im Augenblick einer Panik.

Haben Sie die Volksmenge gesehen im Taumel der Begeisterung, im Schreien der Schreitenden, sich ihrer Bedeutung bewußte, machtvolle, willensstarke, wie ein Monarch erhabene Volksmenge gesehen? Das ist die Menge der großen Demonstrationen.

Haben Sie die vergnügte, lachende und schreiende, in ihrer Freude geschwähige, sich der Musik, des Maskenzuges und der geschwüpften Wagen freuende, am Ende des Tages selige und träumerische Volksmenge gesehen? Das ist die lärmende Menge des Karnevals.

Haben Sie die Volksmenge gesehen im Taumel der Begeisterung, wenn sie das eben Angebotene vernichtet und das eben Geliebte verbrennt und eiferfüchtig auf die neue Gottheit ist, die sie als unantastbares Eigentum besitzen und sich ihr fanatisch opfern will? Die Menge, die über alles triumphiert, die gleichgültig durch die Gefahren der Barricaden, durch Kugeln, Blut- und Pulverdampf marschiert, widergärtet und rachschnaubend vorstürmt? Das ist die gewaltige, prophetische Menge der Revolution.

Haben Sie die ernste, konzentrierte, wie tiefes Gewässer stille, wie ein Weichholzrausch rauhende, von Liebe und Friedsamkeit überquellende Volksmenge gesehen? Das ist die Menge, die andächtig den Worten des Predigers oder Redners lauscht.

Haben Sie die weicherbühnte, erschütterte, zu höchstem Opfer fähige, von herrlichster Seelengüte bewegte Volksmenge gesehen? Das ist die Menge gegenüber den Kindern.

Haben Sie die Volksmenge gesehen, die finster, bedrückt vorüberfliehet, die Flügel hängen läßt, deren Energie im Uebermaß des Glends erlösch, die an den Karren der Verzweiflung geklemmt, ohnmächtig gegenüber dem geschlossenen Horizont, stumm in ihrem grenzenlosen Schmerz ist? Das ist die unglückliche Menge der Hungernden.

Haben Sie endlich die Volksmenge gesehen, die in andächtig gebückter Haltung, mit verkämpften Herzen, mit Tränen in den Augen, voll Würde und Trauer steht? Das ist die Menge vor dem Angesicht des Todes.

Menge? Ein riesenhaftes Teilchen der menschlichen Gesellschaft. Menge ist Leben. Menge ist Welt. Menge ist Volk. Durch ihre Macht, durch ihren Lebensdrang weht und verwandelt sie die tausendjährige Geschichte des Menschen.

Deutsch von Victor Kalinowski.

## Kapitalismus und Familie.

Man hat Tausende von Kindern der verschiedensten Teile Deutschlands auf die Familienverhältnisse hin untersucht. Es handelte sich um Kinder aus Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimen. Diese Untersuchung der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit sollte hineinkleuchten in die Wirkungen, die die Gegenwart auf „Bestand und Erschütterung der Familie“ ausübt.

Wir wissen nicht, welche sozialen Schichten hierbei erfaßt sind, denn es ist erwiesen, daß die Familienverhältnisse in den Gruppen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Selbständigen verschieden sind. Aber die Ergebnisse, die diese Untersuchung zutage gefördert hat, zeigen jedenfalls, daß die Familie heute in vielen Fällen sehr erschüttert wird.

Es wirft ein irraues Licht auf die Familie der Gegenwart, wenn diese Untersuchungen zeigen, daß in Berlin nur 56 Proz. der dort untersuchten Kinder mit beiden Eltern zusammen leben. In Hamburg waren es 66 Proz.

Man kann nicht sagen, daß es sich hier etwa nur um Ausnahmen handelt. Die Durchschnittszahl war nämlich bei allen Kindern 72 Proz. Ein hoher Prozentsatz, der durch die auffallenden Zahlen aus den Großstädten zustande kommt.

Nach bezüglich der Berufsarbeit der Mutter zeigen die großen Städte besonders ungünstige Verhältnisse. In Berlin wurde bei 80 bis 85 Proz. der untersuchten Fälle Berufstätigkeit der Mutter festgestellt.

Persönlich erwünscht war diese Arbeit den Müttern nicht. Lieber würden sie sich der Erziehung der Kinder widmen. „Den Männern Verdienst geben“, so schrieb eine Münchener Arbeiterfrau anlässlich dieser Untersuchungen, „dann braucht eine Frau nicht zu arbeiten und der Mann hat seine Ordnung und die Kinder auch, und dann wäre manches Familienelend zu vermeiden.“

Es wird niemand bezweifeln können, daß nur eine Besserung der sozialen Lebensverhältnisse eine Hebung der Kultur der Familie bringen kann, und daß auch diese Untersuchungen die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsordnung und Kultur bezeugen.

## Immer noch nette Verdienste!

In der Generalversammlung der IG. Farbenindustrie stellte ein Aktionär den Antrag, die Bezüge der Verwaltungsmitglieder um die Hälfte zu kürzen, wodurch 3,5 Mill. M. gespart werden können. Wenn die Verwaltungsmitglieder der IG. Farbenindustrie heute noch je Jahr 7 Mill. M. für ihre Tätigkeit erhalten, so ist dadurch der Beweis geliefert, daß bei den Spitzen der Industrie auch heute noch sehr viel Geld verdient wird. Der Antrag ist von der Generalversammlung bezeichnenderweise abgelehnt worden. Selbst für außerordentlich tüchtige Personen, die im Wirtschaftsprozess tätig sind, läßt es sich in der heutigen Zeit nicht vertreten, daß sie Gelder in solcher Höhe beziehen, die gegen die Not des Volkes im großen Widerspruch steht. Von den Arbeitern und Angestellten der Industrie verlangt man, daß sie ihren Lebensstandard auf das denkbar niedrigste Maß herabschrauben. An der Spitze denkt man an eine derartige Reduzierung nicht. Darin zeigt sich die Moral der heutigen Wirtschaftsweise!

## Der neue Weltkrieg!

Für den neuen Weltkrieg, für den auch unsere Nationalisten eifrig agitieren, macht ein amerikanisches Blatt den bemerkenswerten Vorschlag, alle Regierungen auf folgende Richtlinien zu verpflichten:

1. Alle Abgeordnete und Senatoren, die für einen Krieg stimmen, werden vor die Wahl gestellt, entweder an die Front zu gehen oder auf dem Postament des Kapitols (dem Parlamentsgebäude in Washington) erschossen zu werden.

2. Jedes Kriegsschiff oder Unterseeboot, jeder Panzerkreuzer oder Minensucher muß als Ballast einige Aktionäre der Rüstungsindustrie auf Deck nehmen.

3. Alle Kriegslieferanten werden gehenkt, wenn ihr Vermögen eine Million Dollar überschreitet.

4. Alle frommen Patrioten, die „Gott mit uns“ rufen, werden in den Himmel expediert zur Feststellung, welcher Kriegspartei der von ihnen angerufene Herrgott eigentlich gewogen ist.

5. Den Universitätsprofessoren wird anbefohlen, jede Beweisführung, daß der Feind immer schon ein Lump gewesen ist, zu unterlassen.

6. Der Geheimpolizei wird verboten, feindliche Verschwörungen und Anschläge auf die Sicherheit des Staates zu entdecken.

7. Die Ursache des Krieges wird allen Bürgern gemäß der unverfälschten Wahrheit bekanntgemacht als Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit und nicht als „heiligen Krieg zur Rettung der Zivilisation“.

Zu letzterem Punkt ist zu bemerken, daß die dem amerikanischen Rüstungskapital ergebene Presse als wirksamstes Mittel gegen die Weltkrise und die daraus folgende Arbeitslosigkeit einen neuen Weltkrieg empfiehlt. Diese recht gewöhnliche Auslassung läßt erkennen, daß es der Kapitalistenklasse viel leichter ist, einen Weltbrand zu entfachen, als die Wirtschaft planvoll zum Wohle der Menschheit zu führen. Angesichts dessen hat das amerikanische Blatt vollständig recht, wenn es behauptet, daß alle Kriege sofort unmöglich gemacht werden, sobald diese Richtlinien internationale Gesetzeskraft erlangen. Alle Abrüstungskonferenzen, alle Vorstöße auch zu der sogenannten moralischen Abrüstung, alle Abrüstungsdebatten in Genf, die bisher kein greifbares Ergebnis zeitigten, wären dann mit einem Schlage überflüssig. Dann würde die verhezte Menschheit endlich Ruhe haben.

## Jugend von heute.

Mit dem Begriff „Jugend von heute“ verbindet der Spieker leicht etwas Oberflächliches, Minderwertiges, Genußsüchtiges und besonders, wenn es sich um arbeitende Jugend handelt. Da ist eine Rundfrage von besonderem Werte, die bei der Oberstufe der Berufsschule in Köln veranstaltet wurde. Nach dem Ergebnis dieser Rundfrage, das der Verwaltungsbericht der Stadt Köln bekannt gibt, waren unter diesen berufsschulpflichtigen Jugendlichen 28,8 Prozent Nichtraucher und 18 Prozent Gelegenheitsraucher. 27,8 Prozent tranken keinen Alkohol, 70 Prozent nur selten. 39,8 Prozent gehörten einem Turn- und Sportverein an.

Das ist allerdings wirklich Jugend von heute, denn so sah es bei der Jugend der Vorkriegszeit doch noch nicht aus. Wir werden diese so günstigen Ergebnisse über die Lebensweise der Arbeiterjugend nicht nur auf den Sportgeist unserer Zeit zurückführen dürfen, sondern in ihm zugleich auch erkennen müssen die Bildungsarbeit, die der Verb and an neuen Menschen geleistet hat.

**26. Woche** Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 19. Juni bis 25. Juni 1932

## Im Tunnel von Valparaiso.

„Kolonne von Bauarbeitern gesucht.“ So stand in der Zeitung „El Mercurio“. Senjor Spadetti ließ sich im Cafe noch einen Schwarzen bringen, starken dicken Kaffee, dann schnitt er die Annonce aus der Zeitung, er legte sie in sein Notizbuch und er klopfte dem Kellner, um zu bezahlen. Valparaiso. Im Lande Chile. Südamerika. „Kolonne von Bauarbeitern gesucht.“ Für den neuen Tunnelbau, droben in den hohen Anden.

Valparaiso an der See, die Hafenstadt der Landeshauptstadt Santiago. Valparaiso, gemäßigtes Klima. Auf der Breitenhöhe von Kapstadt in Südafrika. Valparaiso. 200 000 Einwohner. Viele Deutsche dabei: Handwerker, Kaufleute, Ingenieure, Ärzte. Lebhaftes Industrie. Bahnwaggons, Maschinen, Möbel, Schuhfabriken und Seifenfabriken. Valparaiso. Schiffe aus aller Welt. Und wichtiger Bahnpunkt: von hier aus läuft die Transandische Bahn, über die hohen Anden nach argentinisch Mendoza und Buenos Aires. Die Expresszüge fahren 38 Stunden quer durch den südamerikanischen Kontinent — an die 1500 Kilometer Strecke, vom Stillen Ozean zum Atlantischen Ozean — Valparaiso—Buenos Aires. Die Bahn ist mit britischem Kapital gebaut. Sie wird von Engländern geleitet.

„Kolonne von Bauarbeitern gesucht.“ Das war was für Senjor Spadetti. Er ist geborener Italiener, aber schon über 20 Jahre im Lande Chile. Die Direktion der Transandischen Bahn in Valparaiso, Senjor Spadetti unterschrieb einen Kontrakt, er verpflichtete sich: eine Kolonne von Bauarbeitern engagieren und mit ihnen den neuen Tunnel zwischen Chile und Argentinien bauen helfen, der die alte Bahnstrecke über die Anden bedeutend abkürzen wird. Glückauf, Herr Schiefmeister Spadetti! Aber wo ist Ihre Kolonne von Bauarbeitern? Nur Geduld, diese Kolonne kommt schon, auch beim Zusammenstellen von Arbeiterkolonnen ist Senjor Spadetti Fachmann.

Die Südpazifik-Frontera. Die Grenzprovinz zwischen Chile und Argentinien. Hohes Bergland. Hier wohnt der Indianerstamm der Araukaner, über 100 000 Köpfe stark. Sie sind Maisbauern und Schafhirten. Und hier wohnt Senjor Spadetti aus Valparaiso, schnell hat er eine Arbeiterkolonne beisammen, die starken rotbraunen Araukaner unterzeichnen den Arbeitsvertrag mit einem großen Kreuz — und dann fährt

Senjor Spadetti mit seiner Kolonne los: 40 Indios, Araukaner, Indianer, engagiert für den Tunnelbau von Valparaiso. Arbeitsführer ist der italienische Schiefmeister Spadetti. Nach Arbeitsvollendung werden die 40 Indios ein kleines erspartes Vermögen in ihr Heimaldort bringen. Die Bräute warten drauf. Bargeld ist in der Indianerprovinz Frontera zehnmal so viel wert, als in Valparaiso. Si, Senjore.

Und die Arbeit ist schon im Gange. Die Anden, wildgeriffeltes Gebirge. Der Kondor kreist im grasgrünen Himmel. Mächtige Gletscherberge stoßen gleich scharfen Nadeln spitz in die grüne Himmelswölbung. Der König der Berge ist der Aconcagua, über 7000 Meter hoch, die Grenze zwischen Chile und Argentinien. Und die anderen Riesenberge, alle zwischen 5000 und 6000 Meter hoch, manche schmauchen und rauchen, nachts blitzen sie mit roten Flammen, Vulkane! Auspuffentile des großen Gaswerkes im Innern unseres Mutterkornes Erde. Wehe, wenn diese Ventile nicht wären, die Erdkruste würde explodieren. Pömm!

Der neue Tunnelbau der Transandischen Bahn. Der neue Valparaisotunnel. Die Baustraße liegt 3500 Meter über dem Meere, das ist der Stille Ozean. Der aber jetzt im südamerikanischen Winter nicht still ist, sondern der brandet und schäumt, unterm Druck des Sturmes aus der Südraktis, droben in der Nordküste ist es bitterkalt, es schneit und hagelt — eine Stunde lang, dann wieder ist der Himmel klar, grasgrün. Drinnen im Tunnel aber ist es warm. Sprengschüsse, der schwarze Porphyr springt in Trümmer, 45 Menschen bohren und sprengen sich tiefer und tiefer ins Gebirge hinein — vierzig Indios und fünf Weiße. Schiefmeister ist Senjor Spadetti, der erfahrene Minatore vom Bau des Simplotunnels. Draußen vor dem neuen Tunnelbau ist das Baubüro, hier liegen die Arbeiter- und Lohnlisten auf, bis hierher geht schon das neue Bahngeleise — der Bauleiter ist ein britischer Ingenieur. Bei der Sprengkolonne des Tunnels sind fünf Weiße, der Piemontese, ein Däne: als Techniker, ein Schotte, ein Deutscher und ein chilenischer Spanier. Der Schotte und der Deutsche waren früher in den Salpeterminen von Chile in Arbeit, Meister waren sie da, aber der Chilelspeter fand keinen Absatz mehr, Europa holt sich Salpeter aus der Luft — sucht auch andere Arbeit; so kamen der Schotte und der Deutsche als Bauarbeiter in die Tunnelkolonne von Valparaiso, als denkende verantwortungsvolle Bauarbeiter, die Indios arbeiten wie Sklaven, nur des Geldes wegen, wie Lasttiere sind sie: stumpf und stumm! Der Spanier bei der Tunnelkolonne ist ein gemäßigter chilenischer Lehrer, er ist Sozialist, Grund genug: daß ihn die bourgeoise Schuterverwaltung entließ, er agiterte für Sozialismus und Arbeiteraufklärung — dafür ward er entlassen! „Als Erzieher unfähig“ — als Bauarbeiter mag er gelten! In Chile herrscht das rückständige Bürgertum. Der Arbeiter möge arbeiten — weiter nichts! Im Tunnel von Valparaiso. Die fünf Weißen sind Sozialisten — die Indios haben nur eine Sehnsucht: Geld — und dann zurück in die Heimat. Zu den rotbraunen schlanken Bräuten. Zu ihren Herden!

Unglück. 45 Menschen sind lebendig verschüttet, im neuen Tunnel von Valparaiso. Schon seit acht Tagen arbeitet fieberhaft die Rettungsmannschaft, unter Leitung des britischen Ingenieurs. Wir müssen nachstoßen, durch das eingestürzte vulkanische Luffgestein hindurch — drinnen im festen Porphyrbirge können die Eingeschlossenen vielleicht noch leben — rettet, helf, verzagt nicht: die da drinnen sind unsere Genossen! Vorwärts, avant!

Im dunklen Tunnelstollen von Valparaiso — acht Tage in den Krallen des Todes — und doch noch am Leben. Finsternis. Am obersten Tunnelrand hocken die Eingeschlossenen — auf Gerüsten, unter ihnen steigt und steigt das Wasser, das aus dem Quarz- und Glimmerader des Gebirges hervorquillt. Die Indios hocken in dichtem Knäuel beieinander, in ihrer Seele ist Bitternis: sollen wir die Weißen töten? Sie haben uns verführt, sie haben uns aus unserem Heimaldort hierher in diese Mausfalle gelockt — sollen wir die fünf Weißen töten? Aber wozu töten, bald werden wir alle tot sein, der große Sonnengott der Araukaner nimmt uns alle in seine feurigen Arme, im Tempel der Vulkane.

Die fünf Weißen im Tunnel hoffen noch, sie kennen das Solidaritätsgefühl ihrer Klassenossen — die da draußen werden ihr Möglichstes tun — wir können noch einige Tage atmen, wenn das Grundwasser aber schneller steigt — ?

Senjor Spadetti, wir sind uns doch einig — wenn's nicht mehr geht, dann werfe du deine Dynamitpatrone dem Wasserungehauer in den Nachen — die letzte Patrone wird barmherzig sein — sie kürzt uns allen fünfundvierzig die Todesqual. Der Däne erzählt von seiner Heimat, von den grünen Marienbäumen Südkanads — blonde Mädchen tanzen heute unterm Lindenbaum, es ist Sonntag. Laßt uns versuchen, zu schlafen — der neunten Tag, lebendig Begrabene im Tunnel von Valparaiso.

Ein Schlag, wir sind ermdet — Licht, Luft, Leben, Freude, das Wasser unter uns gurgelt ab — die Indios drängen sich vor — sie umarmen uns Weiße — sie meinen, sie lachen — Leben für uns alle! Am neunten Tage waren alle gerettet, die Baukolonne aus dem Tunnel von Valparaiso. An drei Tagen floßen wir von neuem vor. Das Werk! Max Dortu.

# Aus dem Ruhrrevier.

## Bereinbarung im Ruhrkonflikt.

Die Regierung Papen will die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen auf das äußerste einschränken. Der Reichsarbeitsminister hatte deshalb die Parteien des Ruhrstreiks zu einer nochmaligen Verhandlung auf Freitag, den 17. d. M., geladen. Die Aussprachen mit den einzelnen Gruppen, die vom Reichsarbeitsminister persönlich geleitet wurden, fanden getrennt statt. Zuerst trat er mit den Unternehmervertretern in Verbindung. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitervertretern kam deutlich zum Ausdruck, daß eine Verbindlichkeitserklärung nicht in Frage komme. Das Schlußergebnis war folgende Vereinbarung:

Die Schiedsprüche vom 30. Mai 1932 in der Lohn- und Manteltarifstreitigkeit werden allseitig angenommen und zum Vertrag erhoben.

Damit haben die Schiedsprüche Rechtskraft erlangt.

## Heinrich Manekeller tot!

Wieder hat der Schmittler Tod einen langjährigen Kämpfer der Arbeiterbewegung dahingerafft. Am 13. Juni verschied unser Geschäftsführer der Geschäftsstelle Castrop-Rauxel, Heinrich Manekeller. Noch am 1. April d. J. berichteten wir, daß Heinrich Manekeller auf eine 25jährige Angestelltenzeit zurückblicken konnte. 2 1/2 Monate später hat ihn der Tod nach einem langen, schweren Leiden für immer abgerufen. Heinrich Manekeller ist von uns geschieden.

Am 15. September 1876 wurde dieser Kämpfer für seine unterdrückten Klassengenossen als jüngstes von sieben Kindern geboren. Noch nicht ein Jahr alt, verlor er seinen Vater. Nach den ersten kümmerlich verbrachten Kindheitsjahren kam er in die Volksschule. Aus dieser entlassen, arbeitete er in einer Eisengießerei, auf einem Erzbergwerk, auf einer Ziegelei und in der Landwirtschaft. 1895 nahm er dann Arbeit im Kohlenbergbau an. Bei einem Schichtverdienst von 2 M. mußte er die schwierigsten Arbeiten ausführen. Im Laufe der Zeit war er auf den verschiedensten Schichtanlagen tätig. Da verlor er die Arbeitsstelle, weil er für die Partei und den Verband tätig war. Am 1. August 1901 wurde er Mitglied des Bergarbeiterverbandes. Im Juni 1902 wählte man ihn bereits zum Bezirksvertrauensmann des früheren Bezirks Marten. Dieses Amt hatte er bis nach dem Streik von 1905 inne. Außerdem war er in der Zeit von 1902 bis 1909 zeitweise Vertrauensmann und Bierkassierer in der Zahlstelle Marten. In der Sozialdemokratischen Partei war er mehrere Jahre Filialleiter. Im Jahre 1907 wurde er hauptamtlich in der Genossenschaft für Marten und Umgegend als Lagerhalter beschäftigt. Dieses Amt übte er drei Jahre aus. 1910 erfolgte seine Anstellung im Bergarbeiterverband. Während dieser Zeit war er nebenbei Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Castrop, Mitglied der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau, Abgeordneter des Landkreises Dortmund, in der Emischer-Genossenschaft; seit 1925 war er Vertrauensmann bei der Auslosung von Schöffen und Geschworenen. Etwa sieben Jahre ist er als Schöffe tätig gewesen.

Daß sich hinter diesen Funktionen ein arbeitsreiches Leben verbirgt, ist ohne weiteres klar. Heinrich Manekeller hat schwer um die Besserung der Lage seiner Klassengenossen gekämpft, und weil er den Mut zur Offenheit hatte, blieb er von Polizeistrafen nicht verschont. Wie man in dieser Zeit vorgeht, geht aus folgender Episode hervor: Im Jahre 1908 wurde er wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers Wienke und des Wirtmannes Stojentlin zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. In einem Flugblatt, welches er zur Gemeinderatswahl geschrieben hatte, wurde den beiden Klügelwirtschaft vorgeworfen, weil sie allerlei Unregelmäßigkeiten und Schiebereien gemacht hatten. Die Behauptungen wurden am Gericht als wahr bewiesen und vom Gerichtsvorsitzenden wurde dem Kameraden Manekeller ein Lob ausgesprochen. Aber da sich ein Sündenbock finden mußte, wurde er zu der oben erwähnten Strafe wegen formaler Beleidigung verurteilt. Doch auch solche Ungerechtigkeiten konnten den Kampfesmut unseres verstorbenen Kameraden nicht brechen. Ihre sei deshalb seinem Andenken! Mit seinen Angehörigen trauern auch wir am Grabe unseres Freundes und Kameraden.

## Drei Jubilare.

Unser Mitglied Johann Serwe, Zahlstelle Duisburg-Neuenkamp, feiert am 1. Juli d. J. seine vierzigjährige Mitgliedschaft im Verband. Am 16. Juli 1856 geboren, hat er also das respektable Alter von 76 Jahren erreicht. 1892 trat er in der Zahlstelle Gving bei Dormund dem Verbands bei. In schweren Zeiten hielt er dem Verband die Treue. Den Streik im Jahre 1905 machte er auf der Zeche Kaiserstuhl mit. Seine Verbandszugehörigkeit brachte ihm manche Schwierigkeiten, so daß er die Arbeitsstelle wechseln mußte. Er siedelte nach Herfen über. Nachdem er, 65jährig, invalidisiert wurde, zog er nach Weiberich-Neuenkamp. Mehr als fünf Jahrzehnte langer schwerer Arbeit und ein vier Jahrzehnte langer Kampf haben unseren alten Kameraden gebrechlich gemacht. Die Rente ist knapp genug; entsprechend dem Reichtum, den ein Bergmann in fünfzig Jahren erarbeitet hat, ist sie viel zu knapp. Mit Bitterkeit denkt man an die Ausführungen des Reichskanzlers Papen, der von einem „Wohlfahrtsstaat“ spricht und der die Knappschaft beseitigen will. Wir wünschen, daß dem Kameraden Serwe und den vielen anderen Knappen ein solcher Unbarmherzigkeit nicht zuteil wird. Aber wir wünschen nicht nur, sondern wir, die noch mitten im Leben stehen, werden nicht müde werden, für unser soziales Recht zu kämpfen, wie unser Mitglied Serwe es getan hat. Dieses Gelübnis rufen wir dem alten Kämpfer zu!

Ein rühriges und treues Mitglied ist der Kamerad Johann Schapan'ski. Am 10. Juni feierte er seinen 75. Geburtstag. Über 30 Jahre gehört er dem Verbands und der Sozialdemokratischen Partei an. Er ist also einer von denjenigen, die allen Schikanen zum Trotz der Organisation die Treue gehalten haben. Noch heute wohnt er innerhalb seiner Umgebung die Interessen des Verbandes. Mancher junge Bergmann könnte sich diesen alten Kämpfer (Zahlstelle Massen II) zum Vorbild nehmen. Hoffen wir, daß es dem Kameraden Schapan'ski noch lange vergönnt sein möge, im Kreise Gleichgesinnter zu weilen.

76 Jahre wurde am 15. Juni Kamerad Hermann Bözold. Er ist einer der Gründer des Verbandes und gehört somit fast 43 Jahre unserer Organisation an. Sein erster Wirkungskreis war die Zahlstelle Heeren I. Nach dem Bergarbeiterstreik im Jahre 1912 wurde er auf Königsborn II gemafrengt. Er verzog dann mit vielen Kameraden nach Bottrop. Heute gehört er zur

# Für die Freiheit!

Der bevorstehende Wahlkampf stellt neue große Anforderungen an den Opferinn der klassenbewußten Arbeiter. Nicht nur, daß in der Wahlball die ganze Person eingestellt werden muß, sondern darüber hinaus müssen die finanziellen Unterlagen geschaffen werden. Der Parteivorstand gibt zu diesem Zweck

## Freiheits-Opfermarken

heraus, die auch von den Gewerkschaftsfunktionären, insbesondere den Beitragskassierern vertrieben werden sollen. Wir bitten im kommenden Wahlkampf alles zu tun, damit die Angriffe auf unsere Redite abgelehnt werden.

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr' dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig. —

Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherlein zählt!



Zahlstelle Heeren II. Er ist immer noch ein eifriges Verbandsmitglied und fehlt in fast keiner Versammlung. Lange Jahre war er Funktionär. Kamerad Bözold ist Jubilar der Sozialdemokratischen Partei, Mitglied des Reichsbanners und des Deutschen Freidenkerverbandes. Auch ihm bringen wir zu seinem Geburtstag die besten Glückwünsche dar!

## Betriebsratswahl auf Robert Müller.

Durch Ausscheiden von Betriebsratsmitgliedern aus dem Betriebe machte sich eine Neuwahl der Betriebsvertretung erforderlich, die am 13. und 14. Juni vorgenommen wurde. Nicht weniger als fünf Arbeiter- und zwei Angestelltenvorschlagslisten wurden der Belegschaft zur Wahl präsentiert. Von 1704 Wahlberechtigten betrug die Wahlbeteiligung 1450 = rund 82 Prozent. Es haben bei der Wahl erhalten:

	Stimmen	Mandate
	1932	1931
Freie Gewerkschaft	901 (1037)	8 (8)
Christliche Gewerkschaft	175 (372)	1 (2)
R.G.D.	216 (264)	1 (2)
Gelbe	31 (—)	— (—)
Nazis	115 (154)	1 (1)

Trotz Belegschaftsaufbau und wüster gegnerischer Hege gegen die freien Gewerkschaften haben dieselben bei der Wahl am günstigsten abgeschnitten. Dieses ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit zu den freien Gewerkschaften das größte Vertrauen haben.

## Die „Einheitsfrontler“ entlarven sich selbst!

Fast täglich liest man im „Ruhr-Echo“ oder in sonstigen kommunistischen Blättern von „Erfolgen“ der roten Verbände. Es werden oft Namen von Personen genannt, die Mitglieder unseres Verbandes sein sollen, oder aber auch solcher, die unserer Bewegung nahe stehen, die nach den Berichten der kommunistischen Presse die „Einheitsfront“ mit den berufsmäßigen Arbeiterzerpflückerern gebildet haben. Es müßte fast die ganze Zeitung damit ausgefüllt werden, wenn diese Lügen, die immer wieder als „Zugmittel“ in die Welt gesetzt werden, widerlegt werden sollten.

Ein ganz krasser Fall, den wir den „Einheitsfrontlern“ unter die Nase reiben möchten, ist folgender:

Das „Ruhr-Echo“ brachte am 20. Mai d. J. einen Artikel mit der Überschrift: „Wir müssen alle an einem Strick ziehen“, worin es mitteilt, daß das Verbandsmitglied Franz Böhm der Kolerei-Schachtanlage Thyssen 4-8 in einer Versammlung verlangt habe, daß ein Redner des Einheitsverbandes sprechen soll und man die „Einheitsfront“ mit diesen bilden möge!

Kamerad Franz Böhm hat an die Redaktion des „Ruhr-Echos“ auf diesen Bericht hin folgende Berichtigung zur Veröffentlichung eingeschickt:

„Hamborn, den 26. Mai 1932.

Unterzeichneter bittet um Aufnahme folgender Berichtigung: In Ihrer Zeitung vom 20. Mai 1932 (Nr. 103) wird ein Artikel, betitelt: „Wir müssen alle an einem Strick ziehen“ veröffentlicht, worin u. a. gesagt wird, daß der Obmann der Kolerei der Schachtanlage Thyssen 4-8 — Mitglied des Bergbauindustriearbeiterverbandes — den Parolen der R.G.D. folgt.

Ich erkläre hiermit, daß der Berichtstatter des „Ruhr-Echos“ ein gemeiner Lügner und Verleumder ist. Franz Böhm, Obmann der Kolerei Thyssen 4-8.“

Das „Ruhr-Echo“ hat bis heute diese Berichtigung nicht gebracht, aber es wird in einer der nächsten Nummern

# Kameraden!

Der Kaufpreis für die Toleration der Schleicher-Baben-Notverordnung ist die politische Notverordnung, die die Aufhebung des M.-Verbots brachte. Die braune Notverordnungsarmee marschiert wieder in ihrer Notverordnungsuniform.

Wir stärken die Eiserne Front und marschieren auch!

Im Zeichen der drei Pfeile wird die Bürgerkriegsarmee Hitlers in der nächsten Zeit jeden Gewerkschaftler Schulter an Schulter mit allen Mitgliedern der Eisernen Front auf dem Plan sehen.

wieder von einer anderen Stelle mitteilen, daß die Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes den Parolen der R.G.D. folgen.

Kamerad B. teilt weiter mit, daß die Belegschaft der Kolereianlage Thyssen 4-8 es ablehnt, sich von solchen Schwärmern, die sich als „Einheitsfrontler“ bezeichnen, etwas vorliegen zu lassen. Es ist der Belegschaft sowie ihm als Obmann nicht bekannt, daß irgendein Mitglied der R.G.D. oder des „Einheitsverbandes auf Kolerei Thyssen 4-8 vorhanden ist. Sollte einer da sein, so ist dieser zu feige, sich öffentlich dazu zu bekennen. Aber es genügt, wenn dieser als Lügenberichterstatter dem „Ruhr-Echo“ besondere Erfolge“ des Einheitsverbandes mitteilt und diese dann veröffentlicht werden.

Böhm kann als langjähriges Mitglied unseres Verbandes und Funktionär allen irreführenden R.G.D. und „Einheits“-verbänden nur den Rat geben, die Lügenzentrale des „Einheitsverbandes“ zu verlassen, um sich dem Bergbauindustriearbeiterverband anzuschließen!

# Aus Sachsen.

## Jubilarefeier im Bezirk Zwickau.

Am 5. Juni beging die Zahlstelle Auerbach bei Zwickau eine Jubilarefeier. 31 Kameraden konnten auf eine 25- bis 30jährige ununterbrochene Mitgliedschaft in ihrer Berufsorganisation zurückblicken. Wenn wir heute an dieser Stelle der wackeren und mutigen Kämpfer gedenken, so geschieht dies aus dem Grunde, um ihnen Dank und Anerkennung auszusprechen für ihre rastlose, mühevollen Arbeit, die sie im Dienste der freigewerkschaftlichen Bewegung geleistet haben. Es geschieht aber auch darum, den jüngeren Kameraden, in allererster Linie aber den Unorganisierten, die aus wichtigen Gründen der Sache fernstehen, den Kampfesgeist und den Opferinn dieser Kameraden als leuchtendes Vorbild hinzustellen.

Die Feier selbst nahm einen würdigen Verlauf. Der hiesige Arbeitergesangverein hatte es sich nicht nehmen lassen, zu Ehren der Jubilare eine Morgenfeier zu veranstalten, die, vom schönsten Wetter begünstigt, eine dankbare Zuhörerschaft fand. Dem Saale des Gasthofes, in dem die eigentliche Feier stattfand, hatte man feierliche Schmuck angelegt. Eingefasst von grünen Blattpflanzen, schmückte das Zeichen des Bergbauers Schlägel und Eisen und die Zahl „25“. Den unterhaltenden Teil hatten in dankenswerter Weise die „Freien Sänger“ und der Konzertverein „Gut Ton“ übernommen. Ein vom Kameraden Zimmermann verfaßter und gesprochener Prolog, der den Opferinn der „Aiten“ würdigte, verfehlte seine Wirkung nicht. Erhebend wirkte ein Dankesgruß aus dem Munde der vierjährigen Marianne Meier. Bezirksleiter Max Weber aus Zwickau hielt die Festrede. In seinen Ausführungen hob er zunächst einige Momente des bisherigen Verlaufes der Feier hervor. Dann betonte er, daß zwar die furchtbare Not aller Zeiten nicht der geeignete Zeitpunkt sei, Feste zu veranstalten, daß aber gerade auf solchen Feiern, wie diese, der Wille der Arbeiterschaft zur Befestigung der wirtschaftlichen Not zum Ausdruck gebracht werden soll. Weiter schäuferte er die Kämpfe, die seit der Verbandsgründung geführt werden mußten und zu denen auch die Zahlstelle Auerbach ihr gut Teil beigetragen hat, um die vollständige Niederrückbildung der Bergarbeiter zu verhindern. In der letzten Zeit ist die Not wieder gestiegen. Der Fortschritt der Technik hat auch im Bergbau der Maschinen den Siegeszug antreten lassen, der von den Bergarbeitern Opfer forderte. Hinzu komme Nationalisierung, Inflation, steigende Mischungslosigkeit gegen die Bergarbeiterschaft und die Arbeitslosigkeit, die sich zu einem Dauerbestand auszuwirken drohe. Die Vorgänge der letzten zwei Wochen beweisen, was die Arbeiterschaft zu erwarten hat, wenn sie nicht im letzten Augenblick erkennt, wie sie sich zu entscheiden hat. Die Befreiung der Arbeiterschaft von den Fesseln des kapitalistischen Joches kann nur ihr Werk selbst sein. Nachdem Kamerad Weber noch den Dank der Bezirksleitung und des Vorstandes an die Jubilare für ihre Treue, Aufopferung und mühevollen Arbeit ausgesprochen hatte, schloß er seine Rede unter lebhaftem Beifall.

Hierauf wurde den Jubilaren die Urkunde des Verbandes und deren Frauen ebenfalls eine Anerkennung überreicht. Den Dank der Jubilare stattete Kamerad Max Dieck ab. Er betonte dabei, daß ihnen diese Ehrung eine ganz besondere Freude bereitet habe; hob aber auch hervor, daß sie nicht Kampfgenosse geworden sind, um geehrt zu werden, sondern, was sie getan haben, sei Pflichterfüllung gewesen.

## Gewerkschaft Gottes Segen.

Herr Direktor Lerche von der Betriebsabteilung Delsnick mit seinen „Borgefekten“ Herrn Oberbergverwalter Manersberger und Herrn Bürovorsteher Uhlmann (so spielen sie sich im Gegenfah zur Wirklichkeit auf!) stellen den Betriebsräten Forderungen, die der Rigorosität wegen in Kameradentreifen bekannt gemacht werden müssen.

Als erstes, kommt Herr Direktor Lerche zum Betriebsauschuß, und schlägt vor, im Zukunft das vierwöchige Umdritteln einzuführen. Nachdem in der nächsten Arbeiterratsitzung diesen Herrn alle Gegengründe unterbreitet wurden, erklärte er, daß er sich damit abfinde, zumal er selbst kein Interesse daran habe. Aus diesem Ausspruch war klar zu erkennen, daß er nur der Geschobene war. Der Arbeiterrat glaubte nun die Angelegenheit ad acta getan zu haben. Aber weit gefehlt! Nach einiger Zeit erscheint Herr Oberbergverwalter Manersberger und will das erzwingen, was sein Borgefekter nicht erreicht hat. Aber auch hier die gleiche Ablehnung. Diese Herren mühen der Bergarbeiterschaft zu, nur vierteljährlich einmal an den Sommerabenden zu Hause zu sein, und die übrige Zeit Mittag- und Nachtschicht zu verfahren.

Und nun eine zweite, sehr interessante Forderung dieser Herren, geboren aus Angst vor ihrer eigenen Courage. Aktive und inaktive Anhänger der Nazipartei sind sie alle, das ist bekannt. Bekannt ist auch, daß diese Partei den Revanchekriegsgedanken populär zu machen versucht. Zum Kriegführen gehört aber nun ein besonderer Mut. Geld und das große Maul haben diese Herren, aber der Mut fehlt ihnen, den verlangen sie von den anderen. Genau wie 1914. Damit sie nun ihr „wertvolles“ Leben in Sicherheit bringen können, wenn die tschechischen Gasbombengeschwader in Sachsen einbrechen, die auch vor den Willen der Direktoren keinen Halt machen, schlagen sie dem Betriebsauschuß vor (man höre und staune!), im freiwilligen Arbeitsdienst in die große Bergeshalde auf Kaiserin-Augusta-Schacht einen bombensicheren Unterstand zu bauen. 200 Meter lang, drei Meter breit und zwei Meter hoch mit Sanitätsraum, wahrscheinlich auch Tränenlosetz mit Bad. Das Material soll das Werk liefern. Auch luftdicht schließende Türen sind geplant, damit kein Gas eindringen kann.

Für nazistische Propaganda und deren Auswirkungen ist Geld vorhanden. Ihr Klumpen bekommt dafür einige Prozent weniger, denn zum soundsovielten Male hat hoch die Direktion schon erklärt, daß es um die Gewerkschaft sehr schlecht stehe.

### Bezirk Niederschlesien.

#### Schiedspruch für den niederschlesischen Steintohlenbergbau.

Im Tarifstreit für den niederschlesischen Steintohlenbergbau ist am 10. Juni ein Schiedspruch gefällt worden. Die Forderungen der Unternehmer gingen allerdings viel weiter. Ein Teil dieser Forderungen ist bereits auf dem Verhandlungswege erledigt worden. Die erste Forderung war die Uebernahme der Arbeitszeit aus dem Mehrarbeitsabkommen in den Manteltarif. Das ist abgewehrt worden. Es bleibt hier bei dem bisherigen Zustand. Die Zuschläge für Ueberstunden, Ueberfrachten, Sonn- und Feiertagsarbeit sollten um die Hälfte herabgesetzt werden. Auch hier bleibt es bei dem bisherigen Zustand.

Außerordentlich zahlreich waren die Anträge zum § 4 (Ferien). Als Ferienentschädigung sollten in Zukunft nur noch 50 Prozent des Lohnes gezahlt werden. Ferner sollte bei allen Arbeitern, die länger als 13 Wochen krank fern, das Arbeitsverhältnis als unterbrochen gelten. Bei Entlassungen wegen Abwagemangel sollte auch dann das Arbeitsverhältnis als unter-

brochen gelten, wenn der Arbeiter binnen sechs Monaten auf einem Konzernwert wieder angelegt wird. Wenn in anderen Bergbauereien die Bestimmungen über Feriendauer oder Ferienentgelt geändert werden, sollten Verhandlungen ohne Kündigung des Manteltarifs über Änderung der Schlichtungsbehörden möglich sein, ebenso die Anrufung der Schlichtungsbehörden. Bis auf die im Schiedspruch festgelegten Bestimmungen sind alle übrigen Verschlechterungsanträge abgewehrt worden.

Bei der Beförderung vom Schlepper zum Lehrhauer und vom Lehrhauer zum Hauer sollte nicht nur Eignung, sondern auch Bedarf maßgebend sein. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung.

Eine Forderung der Unternehmer, daß bei Unterbrechung des Betriebes oder eines Betriebsteiles wegen Störung, Mangel an Absatz usw. kein Anspruch auf Lohn besteht, wurde von den Gewerkschaften hart bekämpft und zuletzt von den Unternehmern zurückgezogen. Die Annahme dieses Antrages hätte bedeutet, daß das Betriebsrisiko auf den Arbeiter abgewälzt und die Rechtsprechung auch im Tarifvertrag in das Gegenteil umgekehrt würde.

Die Forderung im § 9 (Soziallöhne), auf Wegfall der Zah-

lung des Soziallohnes in Krankheitsfällen ist Gegenstand des Schiedspruches geworden. Die Arbeitgeber begründeten ihren Antrag damit, daß der Soziallohn in Krankheitsfällen in anderen Revieren schon seit Jahren nicht mehr gezahlt wird.

Auch die Zahlung des Kindergeldes für leibliche voreheliche Kinder sollte gestrichen und Kindergeld nur noch für eheliche Kinder gezahlt werden.

Die Bestimmung über die Zahlung des Hausstandsgeldes sollte ebenfalls gestrichen werden. Alle Forderungen, mit Ausnahme der Zahlung des Soziallohnes in Krankheitsfällen wurden zurückgezogen. Es bleibt auch hier bei den Bestimmungen des alten Tarifvertrages.

Schwer war der Kampf um den § 10 (Gezüge und Geleuchte). Die Unternehmer forderten die Beweispflicht durch die Arbeiter, daß eine fahrlässige oder vorfällige Beschädigung der Lampe vorliegt. Das würde bedeuten, daß in Zukunft alle Arbeiter ihre Lampenreparaturkosten bezahlen müßten, da die Vertreter der Unternehmer in jedem Falle behaupten würden, die Beschädigung sei fahrlässig oder vorfälliger Natur. Die Arbeiter würden das Gegenteil nicht nachweisen können und müßten die Reparatur bezahlen. Die Arbeitgeber haben nach langen Verhandlungen auch diesen Antrag zurückgezogen.

Einige andere nebenfachliche Forderungen wurden ebenfalls während der Verhandlungen beigelegt. Die noch strittigen Punkte wurden durch folgenden Schiedspruch erledigt:

§ 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Für die Dauer der Ferientage erhält der Schichtlöhner ebenso wie der Bedingelöhner 70 Proz. des Lohnes und Soziallohnes bezahlt, ufm. alte Fassung.“

§ 4 Abs. 9 erster Absatz erhält folgenden Zusatz:

„Fallen in die innerhalb der Kündigungsfrist liegenden Ferientage Feiertage, so werden diese als Ferientage bezahlt.“

§ 9 Abs. a erhält folgende Fassung:

„Neben den im § 7 unter a und b bezeichneten Löhnen werden für jeden Arbeitstag (auch Sonntag) an dem mindestens eine volle Schicht verfahren wird, einschließlich der Ferientagen, jedoch nicht für Krankentagen, folgende Soziallöhne gezahlt.“

§ 15. Dieser Manteltarifvertrag tritt am 1. Juli 1932 in Kraft und kann erstmalig zum 31. März 1933 mit einer dreimonatigen Frist gekündigt werden.

Wird von dieser Kündigungsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht, so läuft dieser Vertrag mit gleicher Kündigungsfrist weiter.

Die Funktionäre der am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften nahmen am 12. Juni zu dem Schiedspruch Stellung und kamen nach eingehendem Bericht und Debatte zur einstimmigen Ablehnung desselben. Auch die übrigen Bergarbeiterorganisationen haben den Schiedspruch einstimmig abgelehnt.

Die Unternehmer haben ihn nach Beendigung des Schlichtungsverfahrens sofort angenommen. Ob sie die Verbindlichkeitsklärung beantragen, muß abgewartet werden.

Dortmund. Lüdingendortmund. Die Unterstützungsanträge müssen am dritten Sonntag im Monat eingereicht werden.

## Die Sanierungs-Bilanz der Burbach-Kaliwerte.

### Revidierte Konzern-Finanzierung.

Als letzte der drei großen deutschen Kalikonzerne gibt nunmehr der Burbach-Konzern sein Bilanzergebnis für das Geschäftsjahr 1931 der Öffentlichkeit bekannt. Im Gegensatz zu den anderen Konzernbilanzen handelt es sich bei Burbach um eine bereinigte, also Sanierungs-Bilanz, deren Ursache auf die gänzlich verfehlte Finanzpolitik der Verwaltung oder besser ihres Vorstehenden, Kommerzienrat Dr. Korte, zurückzuführen ist. Wir haben bereits über nähere Einzelheiten dieser Vorgänge, die zu einer ausgedehnten Pressepolitik und heftigen Vorwürfen gegen Dr. Korte führten, wiederholt berichtet. Der Kernpunkt des Uebels liegt in der von Dr. Korte getriebenen verhängnisvollen Verschuldungspolitik innerhalb seines Konzerns, die ihren Höhepunkt in der Gründung der Hauptverwaltung Burbach GmbH, erreichte. Bei dieser Gesellschaft ruhten die verlusttritten eigenen 31,5 Millionen Burbach-Aktien, andererseits aber war sie mit rund 53 Millionen Mark Schulden belastet, für die die Burbach-WG mit 46 Millionen Mark fürzte. Trotzdem der Geschäftsbericht an aller Publizität kaum etwas zu wünschen übrig läßt, bleibt die Frage der Schuldentilgung, also die Lösung des Sanierungsproblems im Effekt, noch völlig offen. Ebenso schweigt sich die Verwaltung über den Anschaffungspreis der eigenen Aktien noch aus. Daß die Offenbarung dieser Dinge Herrn Dr. Korte als prominenter großkapitalistischer Wirtschaftsführer sehr peinlich ist, kann man ohne weiteres annehmen; aber seine Aktionäre, die sich bereits zu einer starken Opposition zusammenschlossen haben, werden von ihm wegen dieser Fragen in der Generalversammlung am 30. Juni Rede und Antwort verlangen.

Der Geschäftsbericht selbst schildert den auch bei den anderen Kalikonzerne üblichen Verlauf des Geschäftsjahres 1931. Der Kalialtsatz des Konzerns betrug 1,79 gegen 2,51 Millionen Tg. K<sub>2</sub>O im Vorjahre; das Geschäft in Nebenprodukten war, abgesehen von einer leichten Absatzsteigerung in Stieselalz, ebenfalls rückgängig. Die Delproduktion hat sich indessen erfreulich entwickelt; im ersten Jahre der aufgenommenen Förderung betrug sie 51 555 To. oder 23,4 Proz. der deutschen Gesamtzeugung. Der Benzolgehalt stellt sich auf 25 Proz. Fast alle Anlagen, die für die Delgewinnung, -förderung und -verladung erforderlich sind, sind im Jahre 1931 ausgeführt worden. Der mit der Vg. F. A. B. in Industrie abgeschlossene Liefervertrag liegt die Uebernahme der Delproduktion zu einem auf dem jeweiligen Benzinpreis abgestellten Verkaufspreis vor.

Ende 1931 waren in den Betrieben 394 Angestellte und 2697 Arbeiter beschäftigt. Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen im abgelaufenen Jahre 294 125 M., die Bezüge des Vorstandes 337 200 M. Das bedeutet, daß auf jedes Aufsichtsratsmitglied die stattliche Summe von rund 10 000 M. entfällt, die vier Vorstandsmitglieder beziehen sogar ein Riesengehalt von je rund 80 000 M. Es ist geradezu unbegreiflich, wie die Konzernleitung in Anbetracht der katastrophalen finanziellen Lage des Unternehmens derartige Riesenzüge für den Aufsichtsrat und Vorstand nur verantworten will. Diese Art Vergütungspolitik, die in der privatrechtlich-kapitalistischen Wirtschaft durchaus nicht als Einzelfall dasteht, beweist wieder einmal zu Genüge, welche verhängnisvollen Auswirkungen die privatrechtlich-kapitalistische Wirtschaftspolitik auf die materielle Struktur der Unternehmen wie im vorliegenden Falle nach sich zieht. Ueberdies ist eine derartige Ausbeutungswirtschaft ein Schlag in das Gesicht des wert-

fälligen Volkes, das durch diese selben großkapitalistischen Schwerverdiener bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit immer neuem Lohnraub überfallen wird.

Die jetzt vorliegende Sanierungsbilanz bringt bereits die Kapitalmängel unter Berücksichtigung der zum Einzug gelangenden 30 Millionen Mark eigenen Aktien zum Ausdruck. Die Bereinigung dieses gewaltigen Engagements in eigenen Aktien zu außerordentlich hohen Kursen ist mit einem Abschreibungsbedarf von 28,96 Millionen Mark verbunden. Unsere früher bereits geäußerte Vermutung über die geradezu gigantische Höhe dieses Kursverlustes — wir hatten ihn damals auf etwa 30 Millionen Mark taxiert — wird also hiermit bestätigt. Durch die Herabsetzung des Aktienkapitals auf nunmehr 20 Millionen Mark entsteht ein Buchgewinn von rund 20 Millionen Mark, der durch Heranziehung von 10,88 Millionen Mark aus dem Reservefonds entsprechend erhöht wird. Schließlich muß auch noch der trotz des rückgängigen Kaligeschäfts dank der erfolgreichen Delproduktion erzielte Reingewinn von 6,23 Millionen Mark herangezogen werden, um außerordentliche Abschreibungen auf Beteiligungen und Wertpapiere mit 3,10 Millionen Mark zu decken. Diese beiden Bilanzposten stehen nach erfolgter Abschreibung noch mit 44,51 Millionen Mark zu Buche und überschreiten somit um mehr als das Doppelte das neue Aktienkapital von 20 Millionen Mark.

Auch die Anlagenwerte stehen nach Abschreibung von 4,28 Millionen auf insgesamt 75,08 Millionen Mark in keinem gesunden Verhältnis zu dem verantwortlichen Eigenkapital. Geradezu in einem krasen Mißverhältnis bewegt sich das Eigenkapital von 20 Millionen Mark zu den kurzfristigen Schulden, die zwar in der Bilanz nur mit 14,70 Millionen Mark ausgewiesen werden, aber nach der geplanten Fusion mit der Hauptverwaltung GmbH, eine gewaltige Erhöhung erfahren. Denn als Gegenwert für die 30 Millionen Mark eigenen Aktien, die wie oben bereits erwähnt, zum Einzuge gelangen, muß die Burbach-WG. 53 Millionen Mark Fremdbeteiligungen und den Ausgleich von etwa 15 Millionen Mark Konzernverbindlichkeiten übernehmen. Wie sich das Schuldenverhältnis zwischen der Burbach GmbH, und der WG. in Wirklichkeit gestalten wird, ist noch völlig unklar; erst die leider noch nicht vorliegende Fusionsbilanz dieser beiden Gesellschaften wird das volle und große Maß der Schuldenlast zeigen. Bis zur Klärung der Verhältnisse in dieser Hinsicht wird auch das Damoklesschwert der Unsicherheit über die Burbach-Sanierung hängen.

Die vorliegende Sanierungsbilanz stellt zwar eine buchmäßige Bereinigung der bisherigen Bilanzverhältnisse dar, trotzdem, wie bereits oben geschildert, in der Relation verschiedener Bilanzposten ein trübes Mißverhältnis besteht. Diese Fehlstruktur der Bilanz wird auf die Dauer unheilbar sein, und es wird der wirtschaftliche Effekt ausbleiben, solange nicht die Sanierung in materieller Hinsicht, d. h. die Konsolidierung der Schuldenlast restlos durchgeführt ist. Dies wird aber in Anbetracht der katastrophalen Lage des Kapitalmarktes Herrn Dr. Korte noch viele Kopfschmerzen bereiten, und auch den betäubten Aktionären, die nach einer neuesten Meldung mit einem eigenen Sanierungsplan in der bevorstehenden Generalversammlung aufwarten wollen, dürfte die Lösung dieses schwierigen Problems nicht so ohne weiteres gelingen.

### UNSERE TOTEN

Bormholz: Friedrich Hasehorst, organisiert seit 1897 und August Rachele, organisiert seit 1895. — Essen-Frintrop: Hermann Bergmann, Mitglied seit 1905. — Pumpschich: Hubert Felden, organisiert seit 1918. — Ostholz: August Zirkel, Mitglied seit 1908. — Oberkrichen: Franz Wilhelm Keller, Mitglied seit 1920. — Ramsdorf: Otto Kunze, Mitglied seit 1923. — Anna: Dietrich Steinhof, 31 Jahre Mitglied.

Chre ihrem Andenken!

Schluss des redaktionellen Teils.

Neue Staubsauger. Die Mielewerke A.-G. in Gütersloh bringt ihre Staubsauger in wesentlich verbesserter Ausführung als Typ 1932 auf den Markt. Viele Staubsauger werden sowohl in steigender Turbopumpenform als auch in stehender Kesselform hergestellt. Die Mielewerke waren die ersten, die in richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß ein Staubsauger den höchsten Schutz gegen die Gefahren des Staubes zu leisten muß, ihre Staubsauger mit Vakuum-Gehäusen ausstatten und mit der Verwendung von Vakuum für den Staubsauger-Bau bahnbrechend gewirkt haben. Von einem guten Staubsauger verlangt man, daß er eine große Saugwirkung hat und daß er bei der Arbeit wenig Geräusch verursacht. Beide Bedingungen werden von den Miele-Staubsaugern in vorbildlicher Weise erfüllt. Trotz der gediegenen Ausführung der Staubsauger beträgt der Preis für den liegenden Staubsauger nur 90.— RM. und für den stehenden Staubsauger 135.— RM.

### GEG Kautabak

aus Deinem Konsumverein

Nichts ist wirriger!

### Lungenkrankheit und ihre Ärzte

loben begeistert die erprobten Erfolge der Silphoscalin-Behandlung in solchen und ähnlichen Originalkrankheiten: „Schweres ausfallsloses Lungenleiden durch Silphoscalin beseitigt. Heber, Nachtschweiß, Husten, Auswurf lösende. Kollischer Appetit, 36 Pfd. Gewichtszunahme in 5 Wochen, bei jahrelang. Nachkontrolle: Auswurf beseitigt.“ Durch Silphoscalin kam die Heilung vieler Lungenkrankheiten, Asthma, Bronchitis, erstickt werden. 80 Tabletten Silphoscalin 2,70 M., in allen Apotheken, bekannt: Kaiserapotheke München 2/83, Kofenstraße 6. — Silphoscalin-Scopidine gratis.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre

Gute Taschenuhr nur M. 1,80

- Nr. 3 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. M. 1,80
- Nr. 4 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. M. 2,90
- Nr. 5 m. Brill. Werk. Nach. u. M. 3,30
- Nr. 6 Sprungschlüssel, verriegelt eig. Schlüssel ganz neu, u. M. 3,40
- Nr. 7 Damenuhr, verriegelt, u. M. 3,00
- Nr. 8 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. M. 2,90
- Nr. 9 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. M. 2,90
- Nr. 10 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. M. 2,90
- Nr. 11 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. M. 2,90
- Nr. 12 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. M. 2,90

Sehe Ihr hat ein 35-jähriges genau reguliertes Werk. Bestand gegen Nachnahme. es ist ein Katalog gratis. H. Heinecke, Braunschweig 25, Göttinger-Str. 15. 1931. 1932. 1933. 1934. 1935. 1936. 1937. 1938. 1939. 1940. 1941. 1942. 1943. 1944. 1945. 1946. 1947. 1948. 1949. 1950. 1951. 1952. 1953. 1954. 1955. 1956. 1957. 1958. 1959. 1960. 1961. 1962. 1963. 1964. 1965. 1966. 1967. 1968. 1969. 1970. 1971. 1972. 1973. 1974. 1975. 1976. 1977. 1978. 1979. 1980. 1981. 1982. 1983. 1984. 1985. 1986. 1987. 1988. 1989. 1990. 1991. 1992. 1993. 1994. 1995. 1996. 1997. 1998. 1999. 2000. 2001. 2002. 2003. 2004. 2005. 2006. 2007. 2008. 2009. 2010. 2011. 2012. 2013. 2014. 2015. 2016. 2017. 2018. 2019. 2020. 2021. 2022. 2023. 2024. 2025. 2026. 2027. 2028. 2029. 2030. 2031. 2032. 2033. 2034. 2035. 2036. 2037. 2038. 2039. 2040. 2041. 2042. 2043. 2044. 2045. 2046. 2047. 2048. 2049. 2050. 2051. 2052. 2053. 2054. 2055. 2056. 2057. 2058. 2059. 2060. 2061. 2062. 2063. 2064. 2065. 2066. 2067. 2068. 2069. 2070. 2071. 2072. 2073. 2074. 2075. 2076. 2077. 2078. 2079. 2080. 2081. 2082. 2083. 2084. 2085. 2086. 2087. 2088. 2089. 2090. 2091. 2092. 2093. 2094. 2095. 2096. 2097. 2098. 2099. 2100. 2101. 2102. 2103. 2104. 2105. 2106. 2107. 2108. 2109. 2110. 2111. 2112. 2113. 2114. 2115. 2116. 2117. 2118. 2119. 2120. 2121. 2122. 2123. 2124. 2125. 2126. 2127. 2128. 2129. 2130. 2131. 2132. 2133. 2134. 2135. 2136. 2137. 2138. 2139. 2140. 2141. 2142. 2143. 2144. 2145. 2146. 2147. 2148. 2149. 2150. 2151. 2152. 2153. 2154. 2155. 2156. 2157. 2158. 2159. 2160. 2161. 2162. 2163. 2164. 2165. 2166. 2167. 2168. 2169. 2170. 2171. 2172. 2173. 2174. 2175. 2176. 2177. 2178. 2179. 2180. 2181. 2182. 2183. 2184. 2185. 2186. 2187. 2188. 2189. 2190. 2191. 2192. 2193. 2194. 2195. 2196. 2197. 2198. 2199. 2200. 2201. 2202. 2203. 2204. 2205. 2206. 2207. 2208. 2209. 2210. 2211. 2212. 2213. 2214. 2215. 2216. 2217. 2218. 2219. 2220. 2221. 2222. 2223. 2224. 2225. 2226. 2227. 2228. 2229. 2230. 2231. 2232. 2233. 2234. 2235. 2236. 2237. 2238. 2239. 2240. 2241. 2242. 2243. 2244. 2245. 2246. 2247. 2248. 2249. 2250. 2251. 2252. 2253. 2254. 2255. 2256. 2257. 2258. 2259. 2260. 2261. 2262. 2263. 2264. 2265. 2266. 2267. 2268. 2269. 2270. 2271. 2272. 2273. 2274. 2275. 2276. 2277. 2278. 2279. 2280. 2281. 2282. 2283. 2284. 2285. 2286. 2287. 2288. 2289. 2290. 2291. 2292. 2293. 2294. 2295. 2296. 2297. 2298. 2299. 2300. 2301. 2302. 2303. 2304. 2305. 2306. 2307. 2308. 2309. 2310. 2311. 2312. 2313. 2314. 2315. 2316. 2317. 2318. 2319. 2320. 2321. 2322. 2323. 2324. 2325. 2326. 2327. 2328. 2329. 2330. 2331. 2332. 2333. 2334. 2335. 2336. 2337. 2338. 2339. 2340. 2341. 2342. 2343. 2344. 2345. 2346. 2347. 2348. 2349. 2350. 2351. 2352. 2353. 2354. 2355. 2356. 2357. 2358. 2359. 2360. 2361. 2362. 2363. 2364. 2365. 2366. 2367. 2368. 2369. 2370. 2371. 2372. 2373. 2374. 2375. 2376. 2377. 2378. 2379. 2380. 2381. 2382. 2383. 2384. 2385. 2386. 2387. 2388. 2389. 2390. 2391. 2392. 2393. 2394. 2395. 2396. 2397. 2398. 2399. 2400. 2401. 2402. 2403. 2404. 2405. 2406. 2407. 2408. 2409. 2410. 2411. 2412. 2413. 2414. 2415. 2416. 2417. 2418. 2419. 2420. 2421. 2422. 2423. 2424. 2425. 2426. 2427. 2428. 2429. 2430. 2431. 2432. 2433. 2434. 2435. 2436. 2437. 2438. 2439. 2440. 2441. 2442. 2443. 2444. 2445. 2446. 2447. 2448. 2449. 2450. 2451. 2452. 2453. 2454. 2455. 2456. 2457. 2458. 2459. 2460. 2461. 2462. 2463. 2464. 2465. 2466. 2467. 2468. 2469. 2470. 2471. 2472. 2473. 2474. 2475. 2476. 2477. 2478. 2479. 2480. 2481. 2482. 2483. 2484. 2485. 2486. 2487. 2488. 2489. 2490. 2491. 2492. 2493. 2494. 2495. 2496. 2497. 2498. 2499. 2500. 2501. 2502. 2503. 2504. 2505. 2506. 2507. 2508. 2509. 2510. 2511. 2512. 2513. 2514. 2515. 2516. 2517. 2518. 2519. 2520. 2521. 2522. 2523. 2524. 2525. 2526. 2527. 2528. 2529. 2530. 2531. 2532. 2533. 2534. 2535. 2536. 2537. 2538. 2539. 2540. 2541. 2542. 2543. 2544. 2545. 2546. 2547. 2548. 2549. 2550. 2551. 2552. 2553. 2554. 2555. 2556. 2557. 2558. 2559. 2560. 2561. 2562. 2563. 2564. 2565. 2566. 2567. 2568. 2569. 2570. 2571. 2572. 2573. 2574. 2575. 2576. 2577. 2578. 2579. 2580. 2581. 2582. 2583. 2584. 2585. 2586. 2587. 2588. 2589. 2590. 2591. 2592. 2593. 2594. 2595. 2596. 2597. 2598. 2599. 2600. 2601. 2602. 2603. 2604. 2605. 2606. 2607. 2608. 2609. 2610. 2611. 2612. 2613. 2614. 2615. 2616. 2617. 2618. 2619. 2620. 2621. 2622. 2623. 2624. 2625. 2626. 2627. 2628. 2629. 2630. 2631. 2632. 2633. 2634. 2635. 2636. 2637. 2638. 2639. 2640. 2641. 2642. 2643. 2644. 2645. 2646. 2647. 2648. 2649. 2650. 2651. 2652. 2653. 2654. 2655. 2656. 2657. 2658. 2659. 2660. 2661. 2662. 2663. 2664. 2665. 2666. 2667. 2668. 2669. 2670. 2671. 2672. 2673. 2674. 2675. 2676. 2677. 2678. 2679. 2680. 2681. 2682. 2683. 2684. 2685. 2686. 2687. 2688. 2689. 2690. 2691. 2692. 2693. 2694. 2695. 2696. 2697. 2698. 2699. 2700. 2701. 2702. 2703. 2704. 2705. 2706. 2707. 2708. 2709. 2710. 2711. 2712. 2713. 2714. 2715. 2716. 2717. 2718. 2719. 2720. 2721. 2722. 2723. 2724. 2725. 2726. 2727. 2728. 2729. 2730. 2731. 2732. 2733. 2734. 2735. 2736. 2737. 2738. 2739. 2740. 2741. 2742. 2743. 2744. 2745. 2746. 2747. 2748. 2749. 2750. 2751. 2752. 2753. 2754. 2755. 2756. 2757. 2758. 2759. 2760. 2761. 2762. 2763. 2764. 2765. 2766. 2767. 2768. 2769. 2770. 2771. 2772. 2773. 2774. 2775. 2776. 2777. 2778. 2779. 2780. 2781. 2782. 2783. 2784. 2785. 2786. 2787. 2788. 2789. 2790. 2791. 2792. 2793. 2794. 2795. 2796. 2797. 2798. 2799. 2800. 2801. 2802. 2803. 2804. 2805. 2806. 2807. 2808. 2809. 2810. 2811. 2812. 2813. 2814. 2815. 2816. 2817. 2818. 2819. 2820. 2821. 2822. 2823. 2824. 2825. 2826. 2827. 2828. 2829. 2830. 2831. 2832. 2833. 2834. 2835. 2836. 2837. 2838. 2839. 2840. 2841. 2842. 2843. 2844. 2845. 2846. 2847. 2848. 2849. 2850. 2851. 2852. 2853. 2854. 2855. 2856. 2857. 2858. 2859. 2860. 2861. 2862. 2863. 2864. 2865. 2866. 2867. 2868. 2869. 2870. 2871. 2872. 2873. 2874. 2875. 2876. 2877. 2878. 2879. 2880. 2881. 2882. 2883. 2884. 2885. 2886. 2887. 2888. 2889. 2890. 2891. 2892. 2893. 2894. 2895. 2896. 2897. 2898. 2899. 2900. 2901. 2902. 2903. 2904. 2905. 2906. 2907. 2908. 2909. 2910. 2911. 2912. 2913. 2914. 2915. 2916. 2917. 2918. 2919. 2920. 2921. 2922. 2923. 2924. 2925. 2926. 2927. 2928. 2929. 2930. 2931. 2932. 2933. 2934. 2935. 2936. 2937. 2938. 2939. 2940. 2941. 2942. 2943. 2944. 2945. 2946. 2947. 2948. 2949. 2950. 2951. 2952. 2953. 2954. 2955. 2956. 2957. 2958. 2959. 2960. 2961. 2962. 2963. 2964. 2965. 2966. 2967. 2968. 2969. 2970. 2971. 2972. 2973. 2974. 2975. 2976. 2977. 2978. 2979. 2980. 2981. 2982. 2983. 2984. 2985. 2986. 2987. 2988. 2989. 2990. 2991. 2992. 2993. 2994. 2995. 2996. 2997. 2998. 2999. 3000. 3001. 3002. 3003. 3004. 3005. 3006. 3007. 3008. 3009. 3010. 3011. 3012. 3013. 3014. 3015. 3016. 3017. 3018. 3019. 3020. 3021. 3022. 3023. 3024. 3025. 3026. 3027. 3028. 3029. 3030. 3031. 3032. 3033. 3034. 3035. 3036. 3037. 3038. 3039. 3040. 3041. 3042. 3043. 3044. 3045. 3046. 3047. 3048. 3049. 3050. 3051. 3052. 3053. 3054. 3055. 3056. 3057. 3058. 3059. 3060. 3061. 3062. 3063. 3064. 3065. 3066. 3067. 3068. 3069. 3070. 3071. 3072. 3073. 3074. 3075. 3076. 3077. 3078. 3079. 3080. 3081. 3082. 3083. 3084. 3085. 3086. 3087. 3088. 3089. 3090. 3091. 3092. 3093. 3094. 3095. 3096. 3097. 3098. 3099. 3100. 3101. 3102. 3103. 3104. 3105. 3106. 3107. 3108. 3109. 3110. 3111. 3112. 3113. 3114. 3115. 3116. 3117. 3118. 3119. 3120. 3